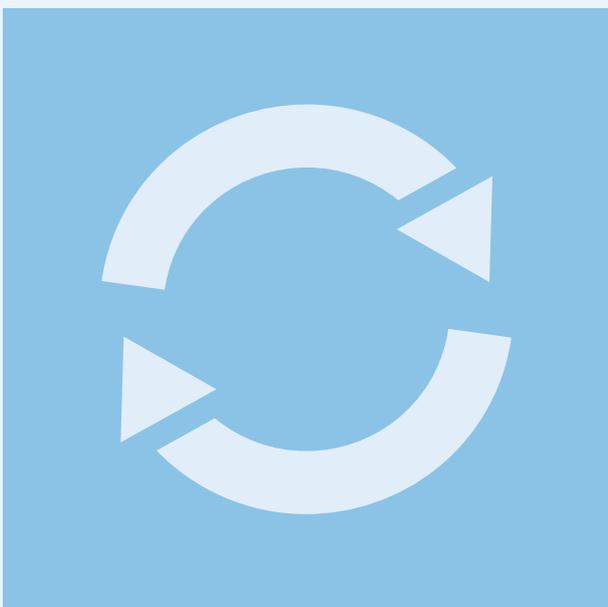


BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2007 FÜR DEUTSCHLAND



**Begleitmaterial
zur Pressekonferenz
am 15. Januar 2008
in Frankfurt am Main**

BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2007 FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Gruppe ID, Pressestelle,
in Zusammenarbeit mit Gruppe III A
„Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Internet: www.destatis.de

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Tel.: +49 (0) 611 / 75 26 26

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 52

E-mail: bip-info@destatis.de

Journalistische Anfragen:

Pressestelle

Tel.: +49 (0) 611 / 75 34 44

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 76

E-Mail: presse@destatis.de

Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt

Allgemeine Informationen zum Datenangebot:

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt

Grundlage dieser Broschüre sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 15. Januar 2008 veröffentlichten Daten.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

A Schaubilder und Tabellen

Schaubild 1:	Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2007	4
Tabelle 1:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2007 in jeweiligen Preisen	5
Schaubild 2:	Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1950 bis 2007	6
Schaubild 3:	Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland von 1996 bis 2007	7
Schaubild 4:	Konjunkturzyklen in Deutschland von 1992 bis 2007 (Wachstum, Preisanstieg, Erwerbstätigkeit)	8
Schaubild 5:	Entstehung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2007 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	9
Schaubild 6:	Wirtschaftsstruktur in Deutschland 1991 und 2007 Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt in %	10
Schaubild 7:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2007	11
Schaubild 8:	Verwendungsstruktur des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2007	12
Schaubild 9:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland von 1995 bis 2007	13
Schaubild 10:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland von 1995 bis 2007	14
Schaubild 11:	Schematische Darstellung des deutschen Bruttonational-einkommens 2007	15
Schaubild 12:	Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2007	16
Schaubild 13:	Monatliche Brutto- bzw. Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in Deutschland von 1995 bis 2007	17
Schaubild 14:	Konsum und Sparen in Deutschland von 1992 bis 2007	18
Schaubild 15:	Finanzierungssaldo des Staates für Deutschland von 1991 bis 2007	19
Tabelle 2:	Finanzierungssaldo des Staates für Deutschland von 1991 bis 2007	20
Schaubild 16:	Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2007 und Durchschnitt 2002 bis 2006 (Länder der Eurozone, Japan und USA)	21
Schaubild 17:	Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2007 und Durchschnitt 2002 bis 2006 (Eurozone - EU27)	22
Schaubild 18:	Reales Bruttoinlandsprodukt 2006 und 2007 im internationalen Vergleich (Länder der Eurozone, Japan und USA)	23
Schaubild 19:	Reales Bruttoinlandsprodukt 2006 und 2007 im internationalen Vergleich (Eurozone - EU27)	24

B Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1	Außenbeitrag	25
2	Arbeitsmarkt	26
3	Einnahmen und Ausgaben des Staates	28
4	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft.....	29
5	Vergleichbare lange Zeitreihen ab 1970.....	31
6	Vorjahrespreise und Verkettung.....	32
7	FISIM.....	34
8	Revisionsbedarf und Genauigkeit der amtlichen Daten zum Wirtschaftswachstum	35

Schaubild 1

**Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts
am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2007¹⁾**



1) Prognose der EU-Kommission/eigene Berechnung (Schätzung).

2008 - 15 - 0001

Tabelle 1

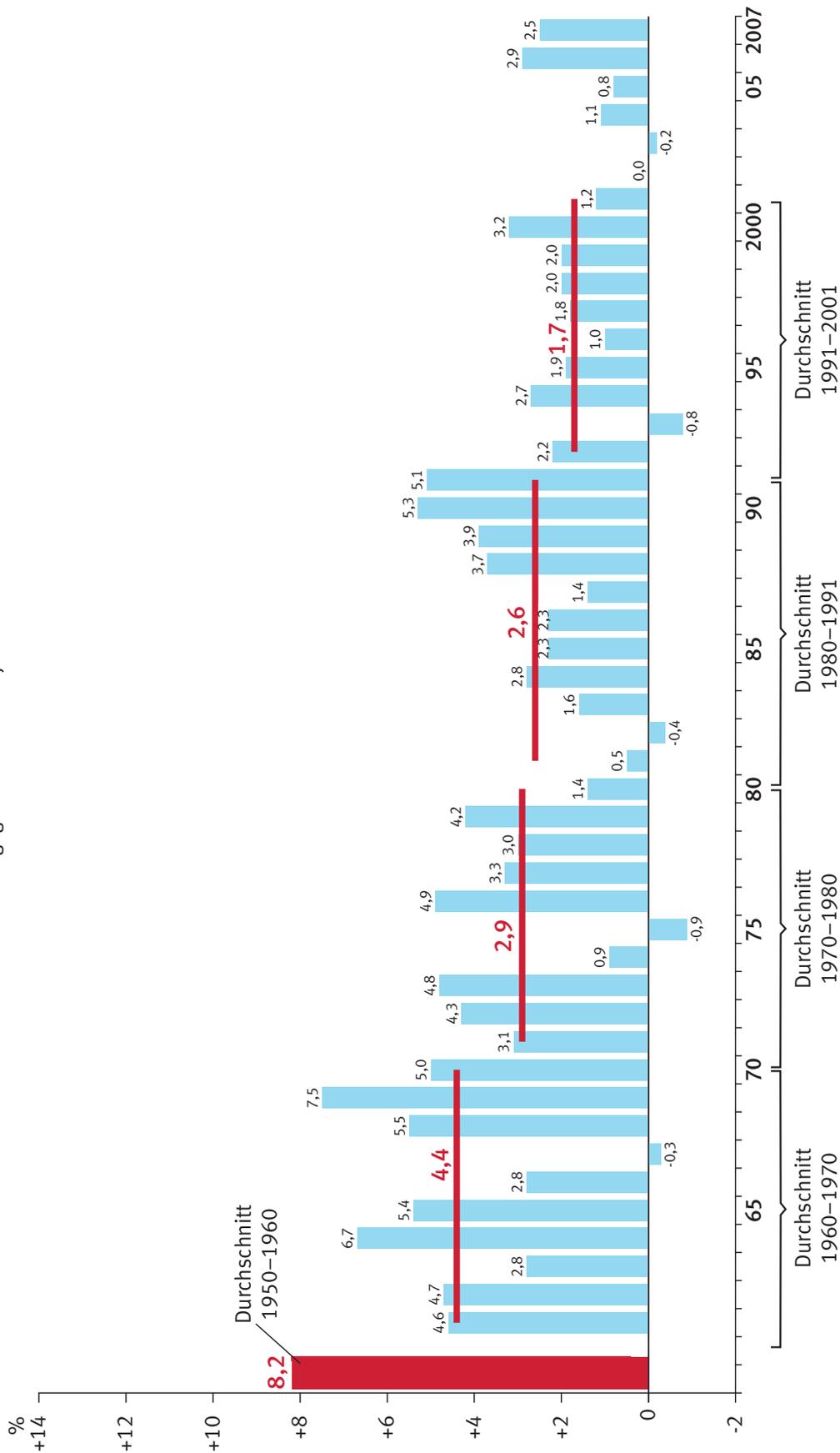
**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2007
in jeweiligen Preisen**

	Mrd. Euro	Anteil am BIP in %
Bruttoinlandsprodukt	2 423,00	100,0
Private Konsumausgaben	1 376,25	56,8
Konsumausgaben des Staates	435,91	18,0
Bruttoinvestitionen	442,77	18,3
Bruttoanlageinvestitionen	449,20	18,5
Ausrüstungen	186,83	7,7
Bauten	235,27	9,7
Sonstige Anlagen	27,10	1,1
Vorratsveränderungen	– 6,43	– 0,3
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	168,07	6,9

© Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht

Schaubild 2

Wirtschaftswachstum in Deutschland¹⁾
 Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts
 gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen.

Schaubild 3

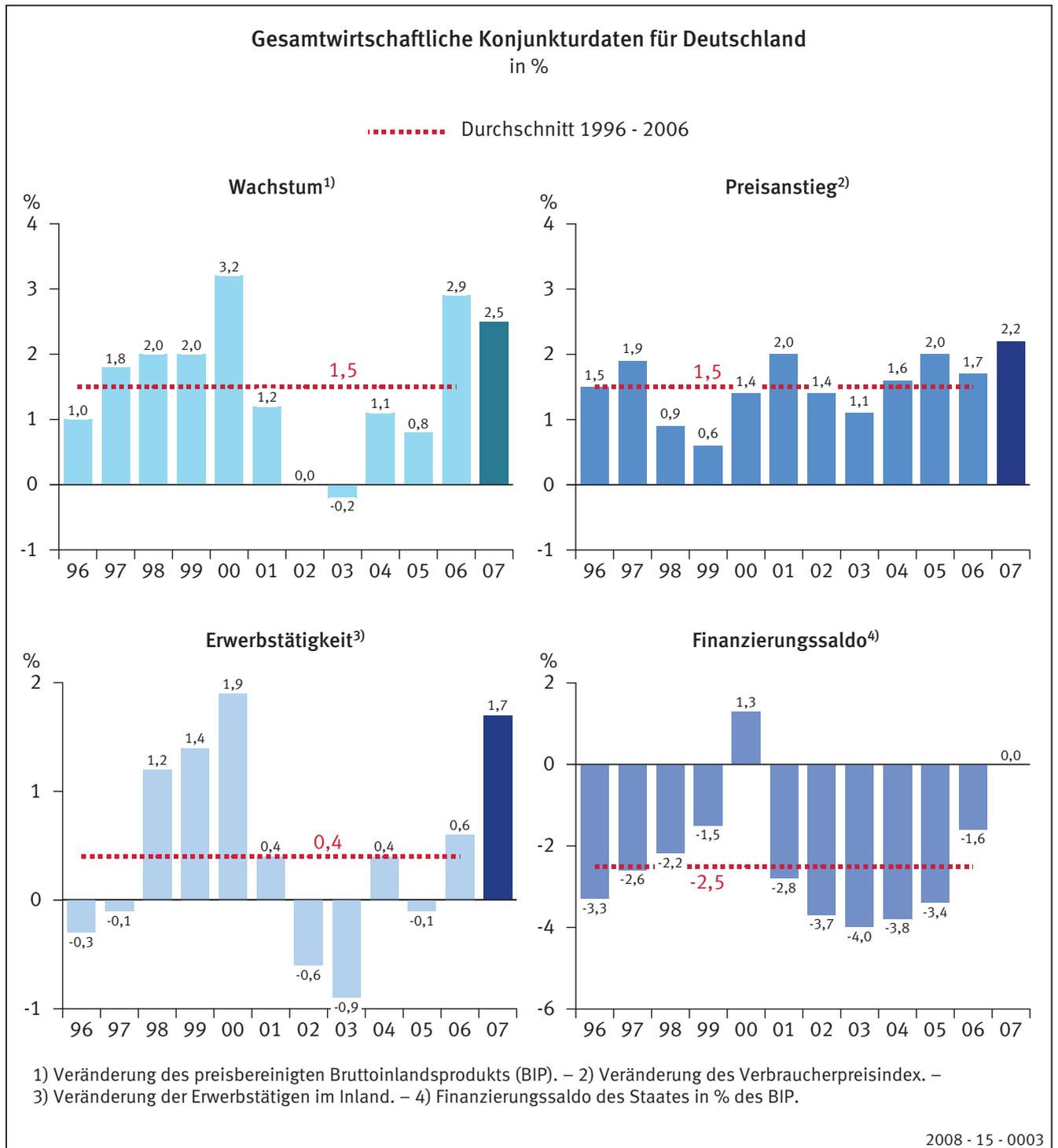


Schaubild 4

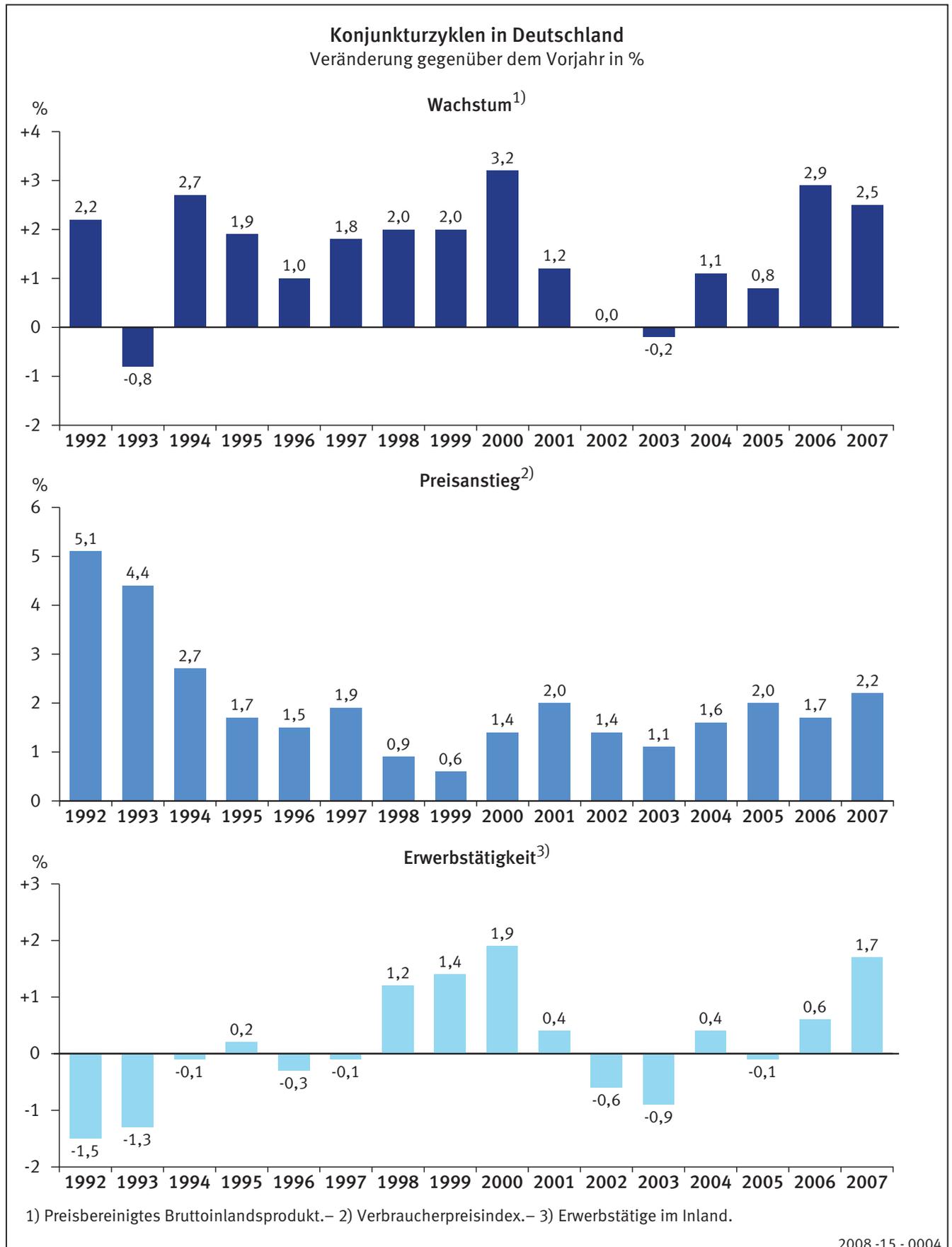


Schaubild 5

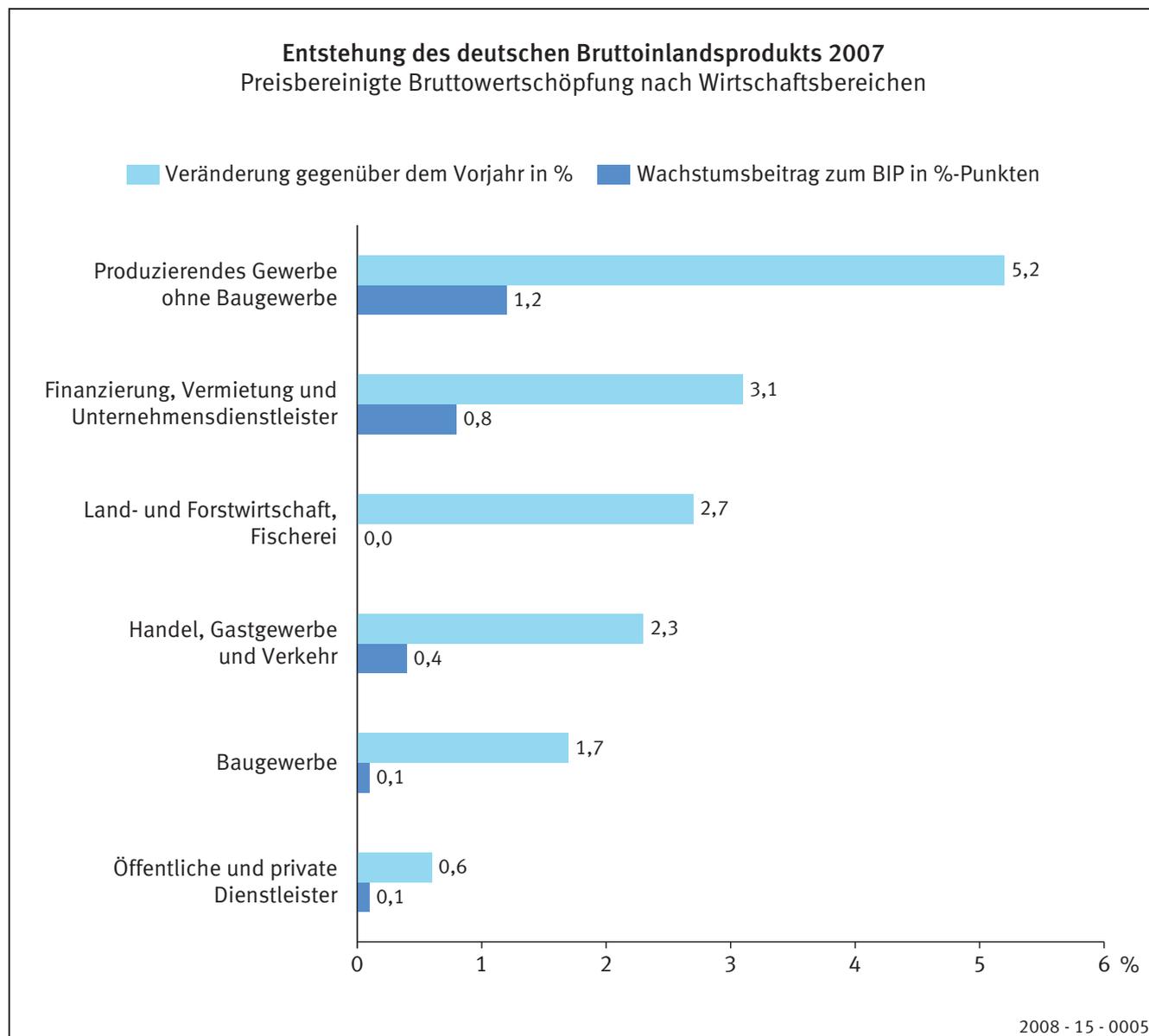


Schaubild 6

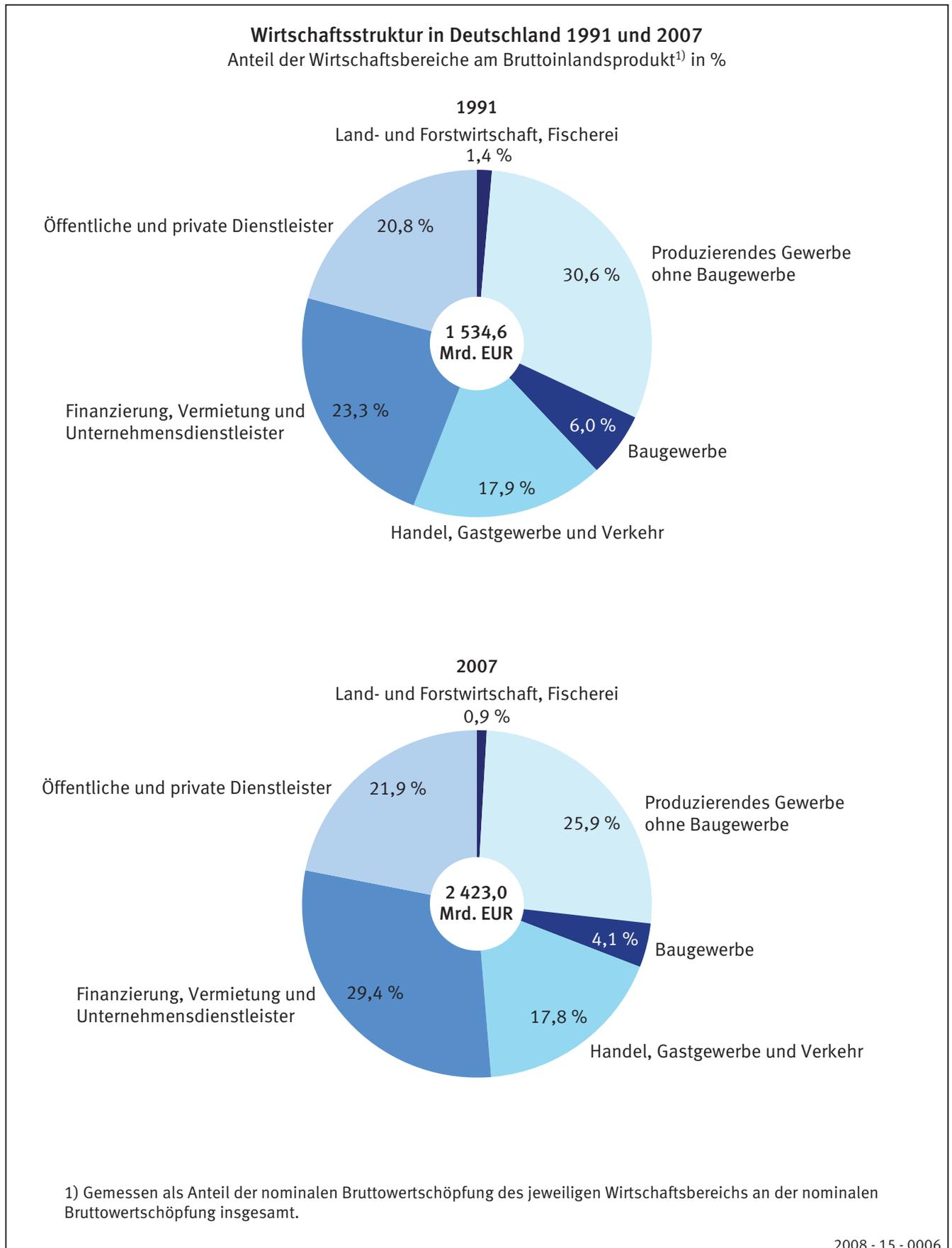


Schaubild 7

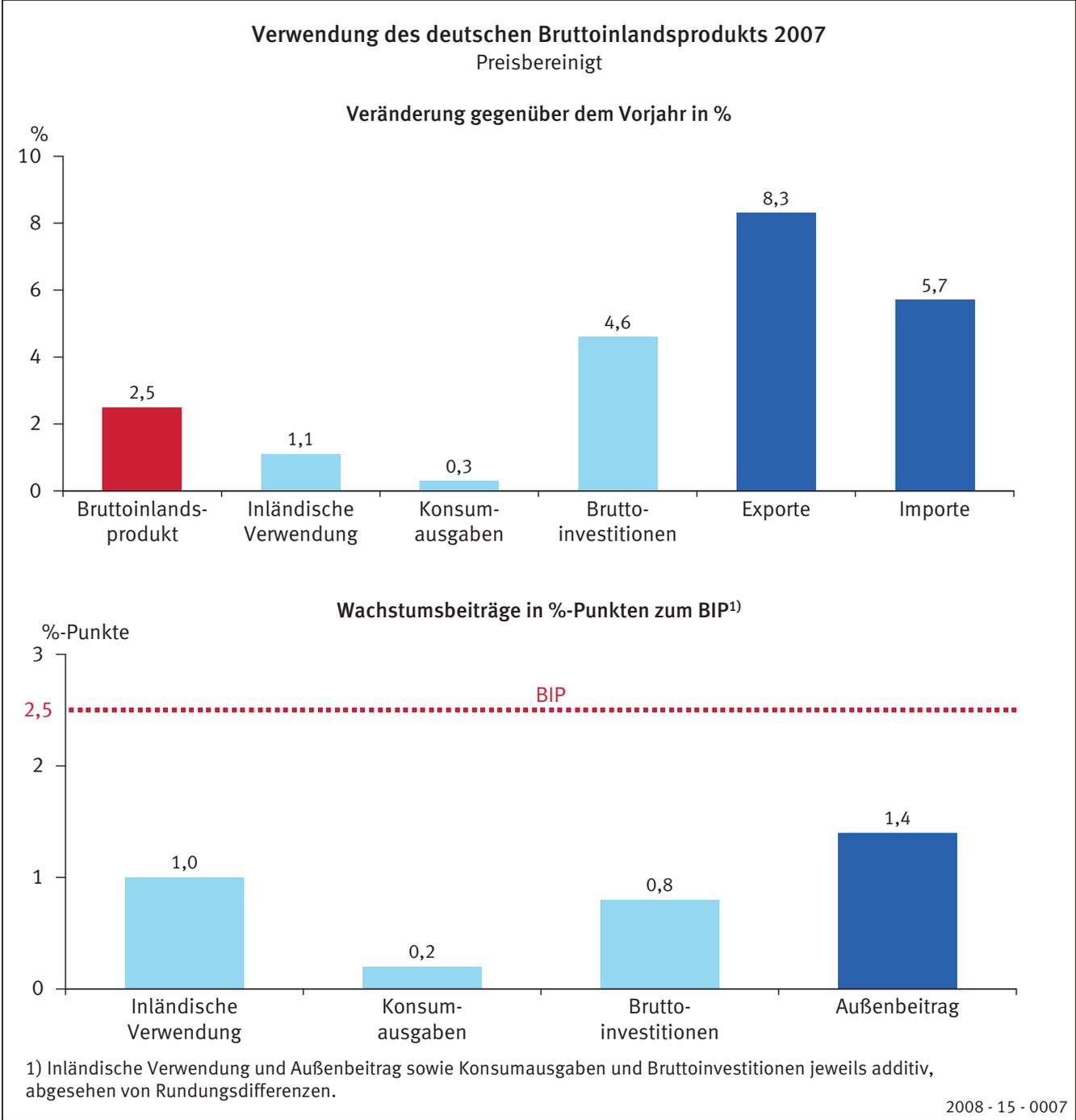


Schaubild 8

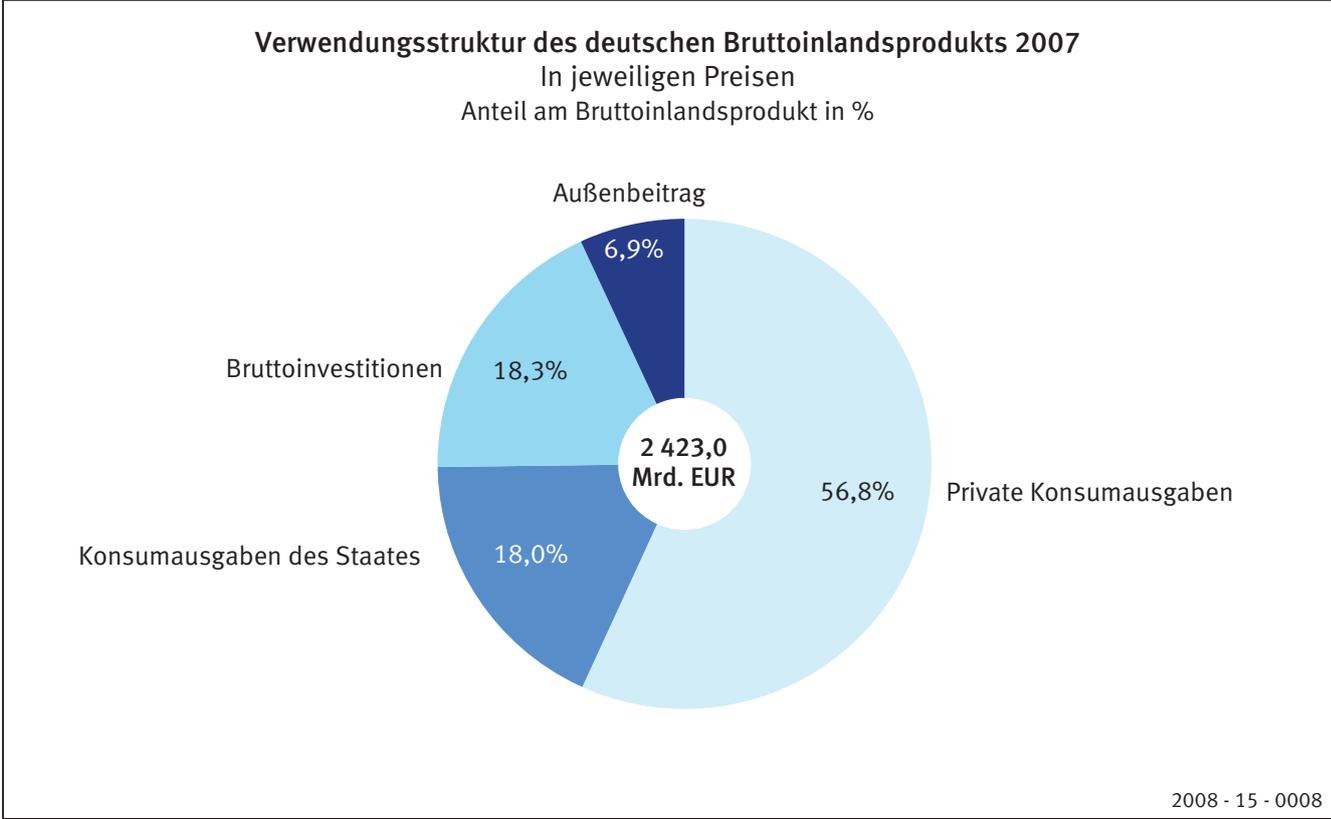


Schaubild 9

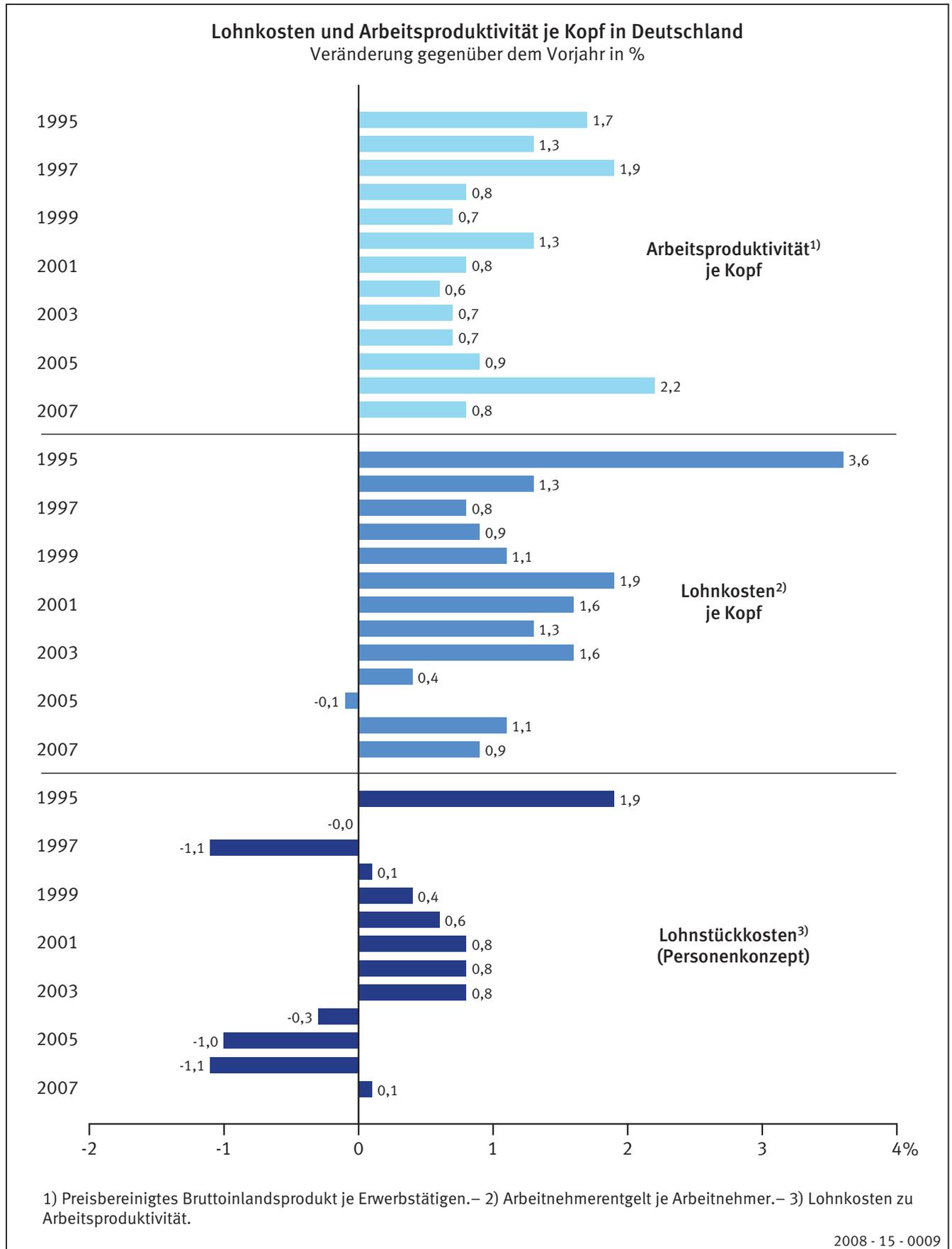


Schaubild 10

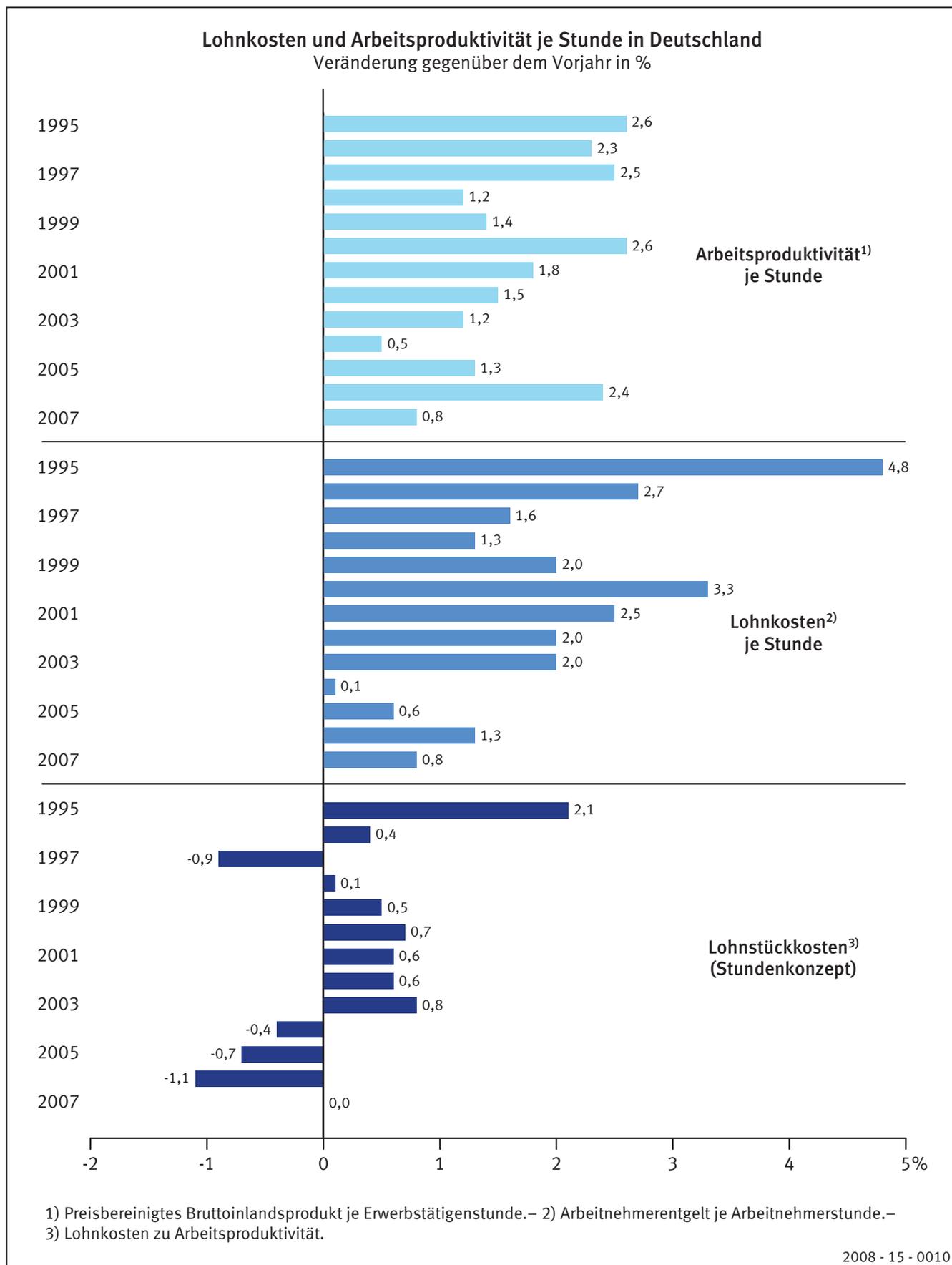


Schaubild 11

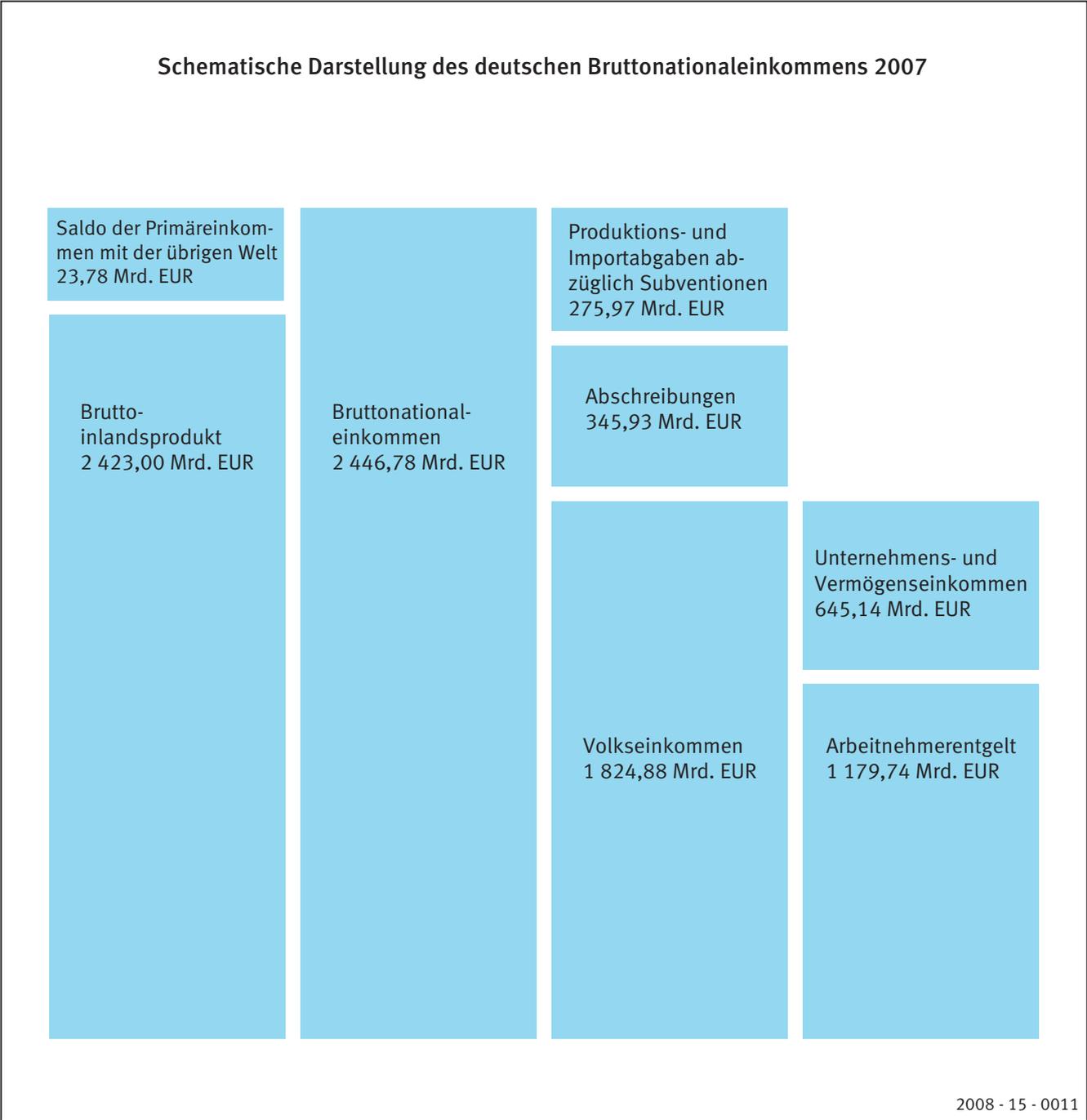


Schaubild 12

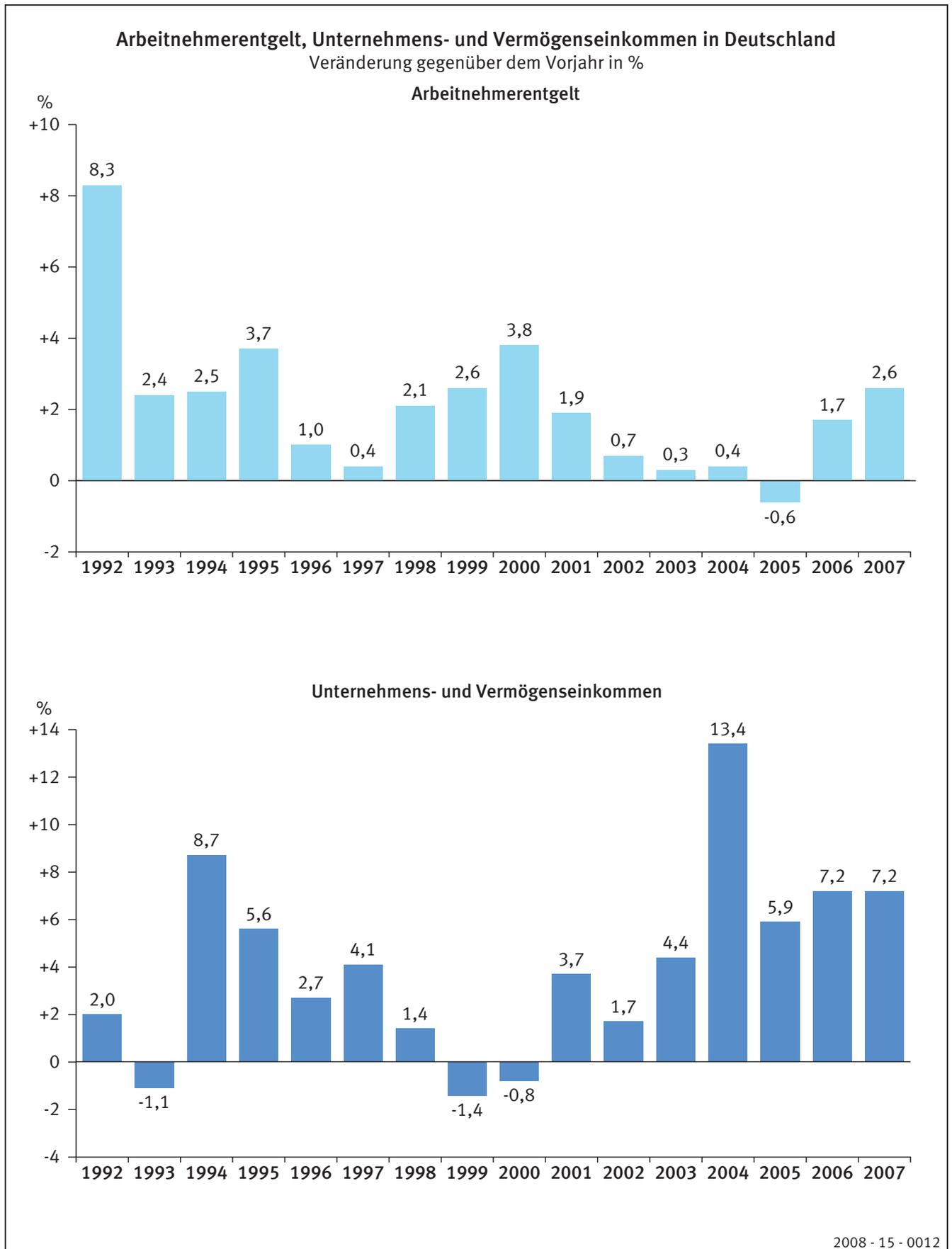


Schaubild 13

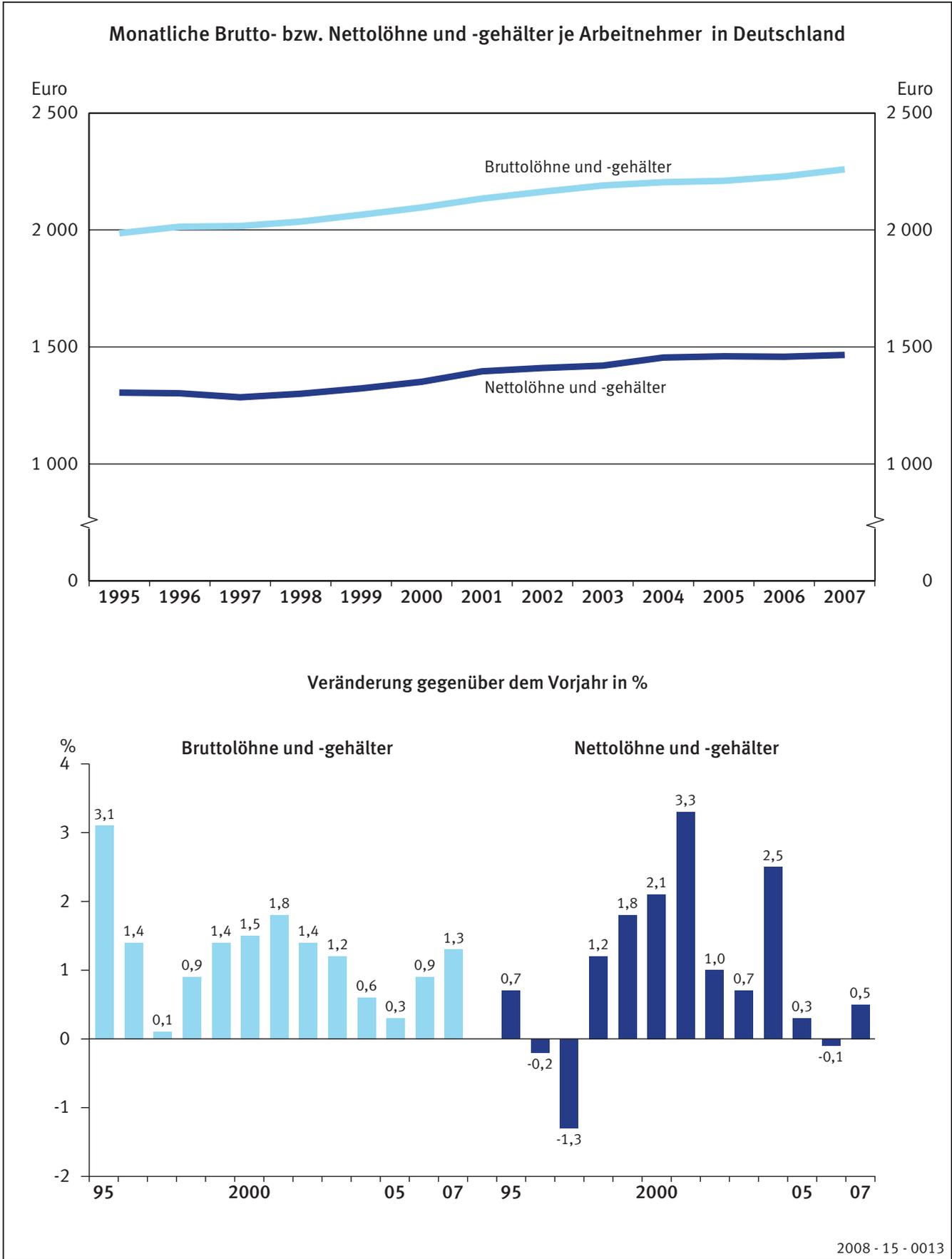


Schaubild 14

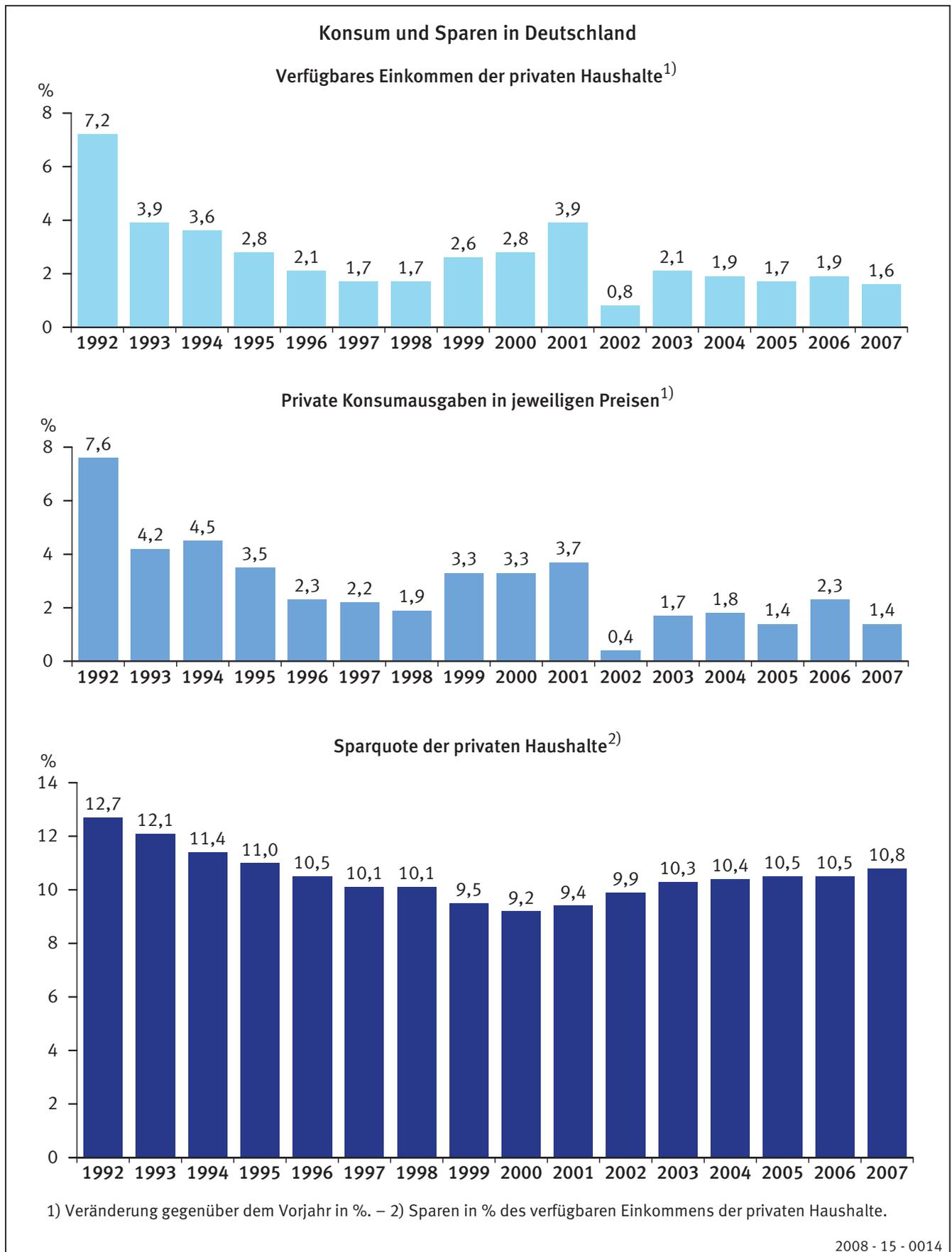
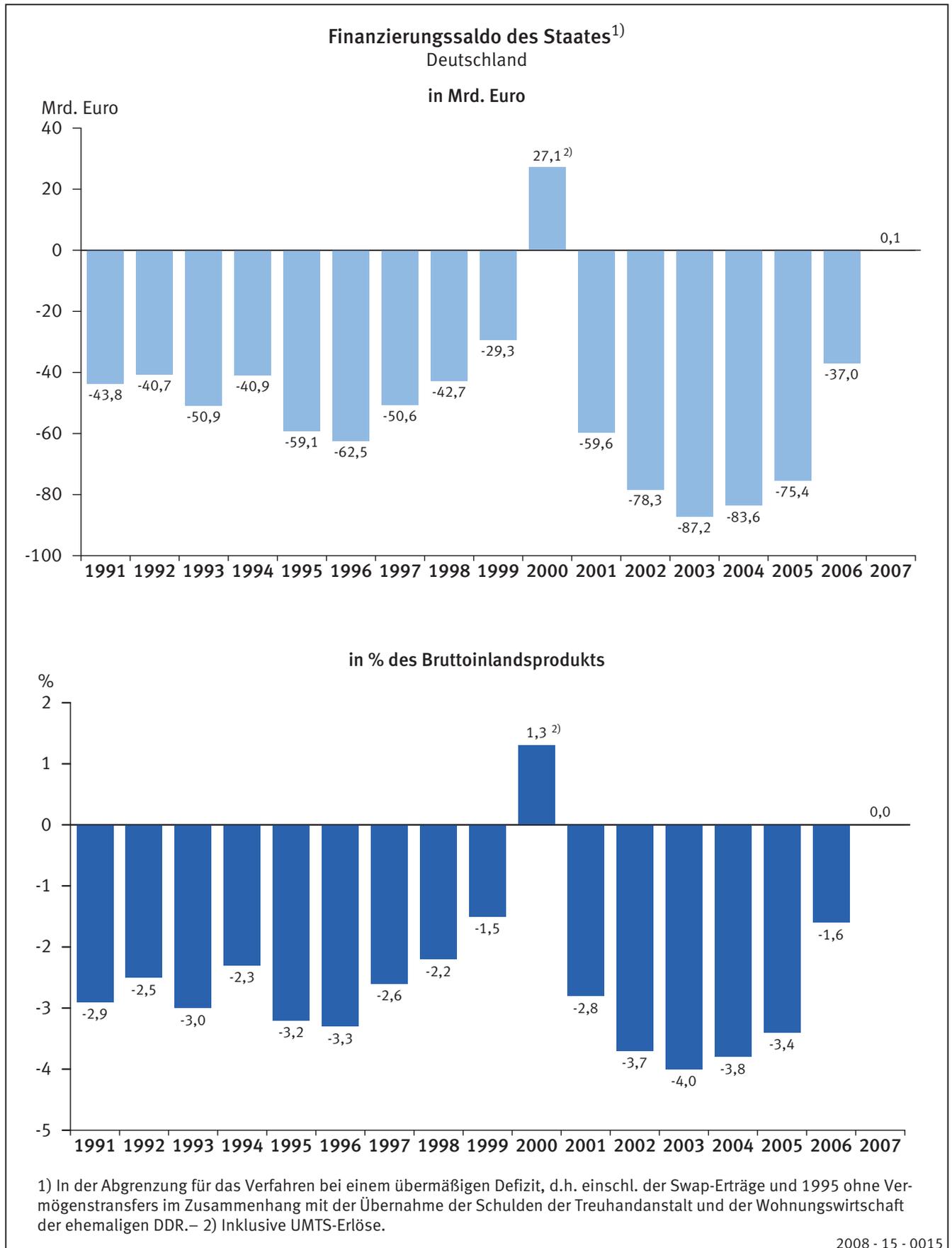


Schaubild 15



2008 - 15 - 0015

Tabelle 2

Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾
Deutschland

Jahr ²⁾	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Staat	
	Mrd. EUR					in % des BIP
1991	- 48,30	- 8,73	+ 2,29	+ 10,91	- 43,83	- 2,9
1992	- 24,78	- 11,02	- 3,26	- 1,64	- 40,70	- 2,5
1993	- 35,45	- 16,89	- 1,54	+ 2,95	- 50,93	- 3,0
1994	- 19,31	- 21,18	- 2,40	+ 2,00	- 40,89	- 2,3
1995	- 26,32	- 21,21	- 3,88	- 7,71	- 59,12	- 3,2
1996	- 34,78	- 20,71	- 0,60	- 6,39	- 62,48	- 3,3
1997	- 30,48	- 21,74	+ 0,13	+ 1,48	- 50,61	- 2,6
1998	- 35,83	- 14,18	+ 4,29	+ 3,00	- 42,72	- 2,2
1999	- 30,58	- 9,47	+ 5,43	+ 5,32	- 29,30	- 1,5
2000 ³⁾	+ 28,00	- 6,95	+ 5,45	+ 0,59	+ 27,09	+ 1,3
2001	- 27,49	- 27,25	- 1,08	- 3,79	- 59,61	- 2,8
2002	- 35,96	- 30,57	- 4,97	- 6,82	- 78,32	- 3,7
2003	- 39,60	- 32,74	- 7,14	- 7,74	- 87,22	- 4,0
2004	- 52,14	- 27,76	- 2,33	- 1,32	- 83,55	- 3,8
2005	- 47,47	- 22,97	- 0,88	- 4,03	- 75,35	- 3,4
2006	- 34,65	- 10,72	+ 4,91	+ 3,50	- 36,96	- 1,6
2007	- 21,67	+ 4,95	+ 7,06	+ 9,73	+ 0,07	+ 0,0

1) In der Abgrenzung für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, d.h. einschl. der Swaperträge und 1995 ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR.

2) Ab 2004 vorläufiges Ergebnis.

3) Inklusive UMTS-Erlöse.

Schaubild 16

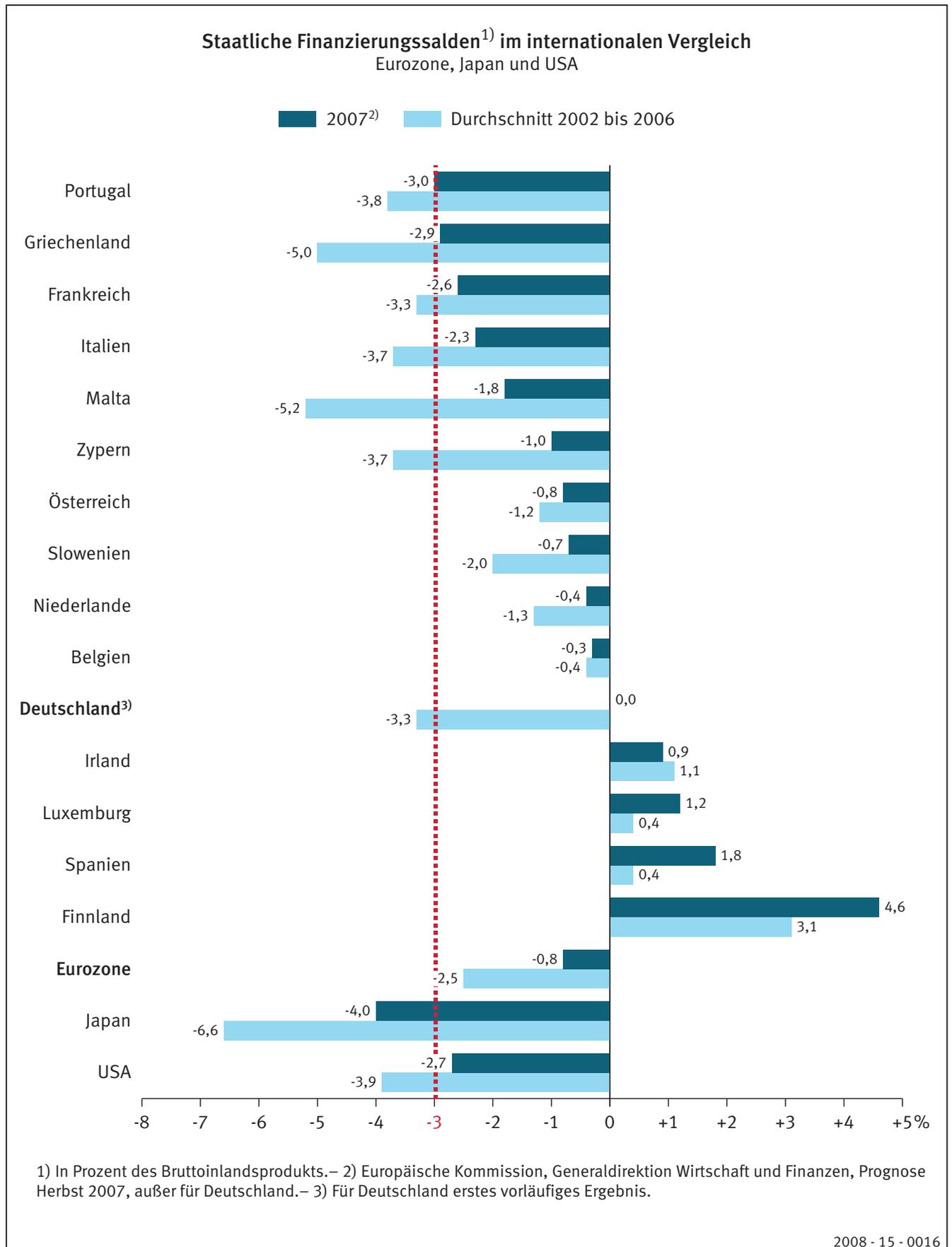


Schaubild 17

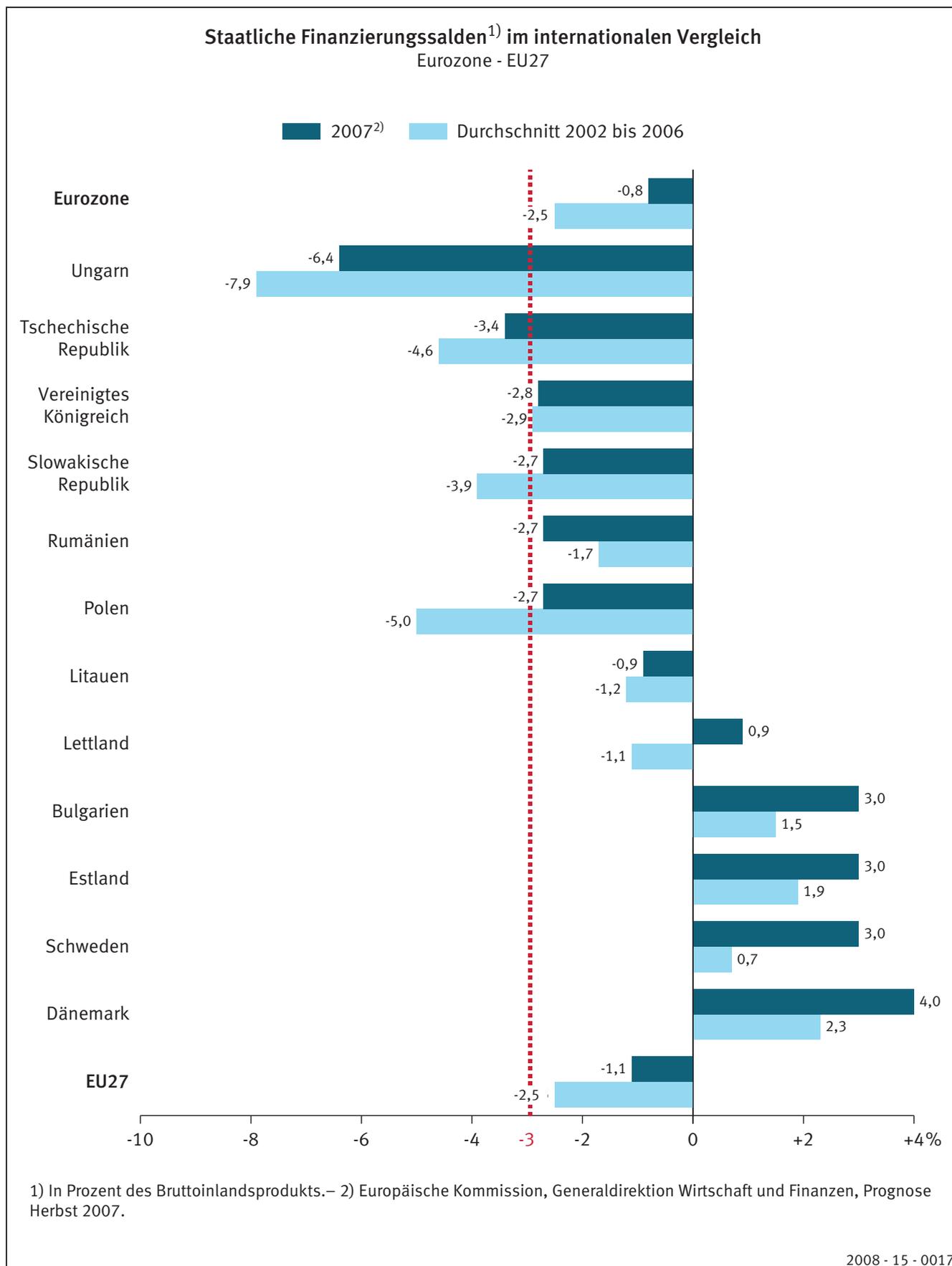


Schaubild 18

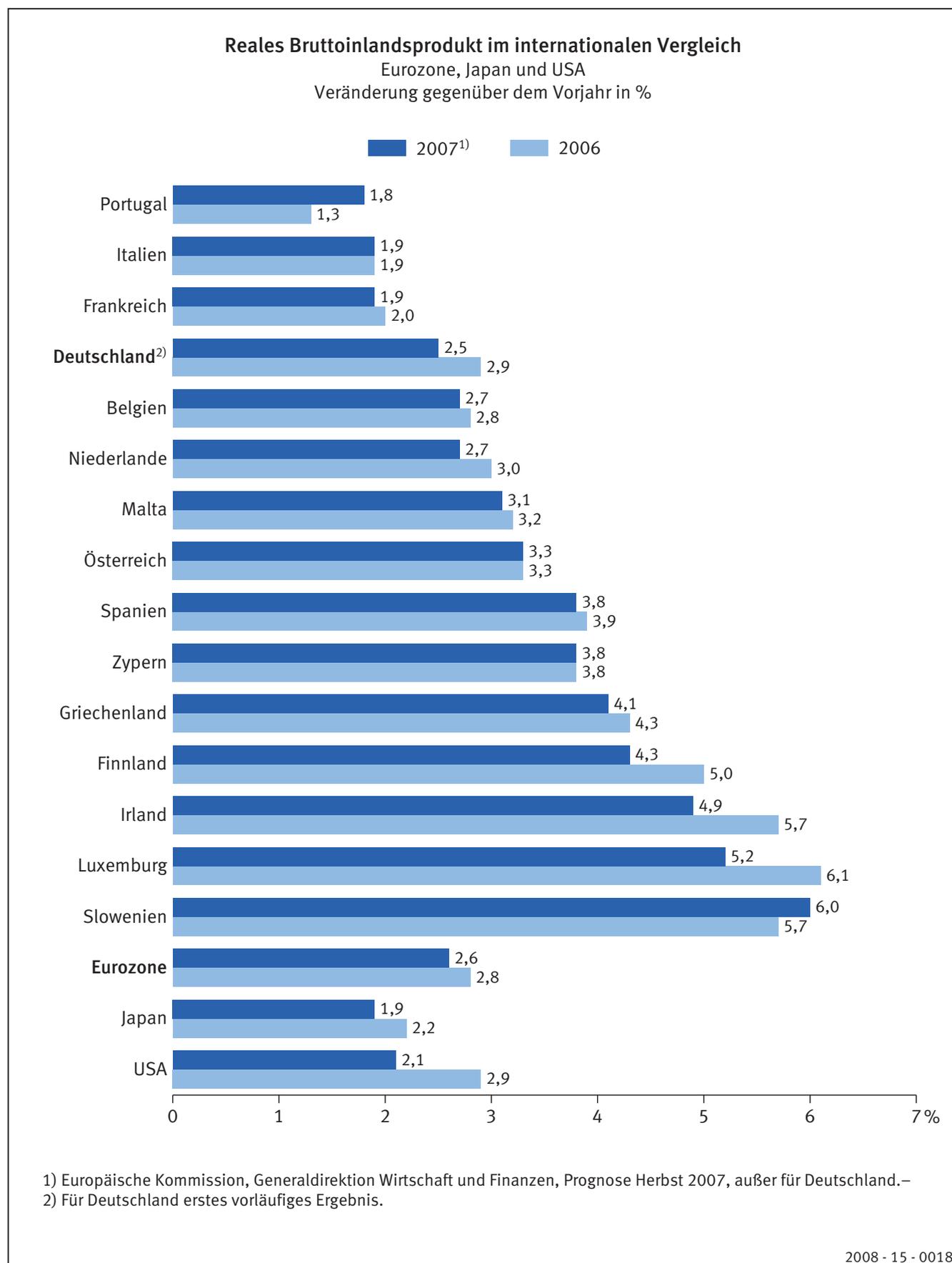
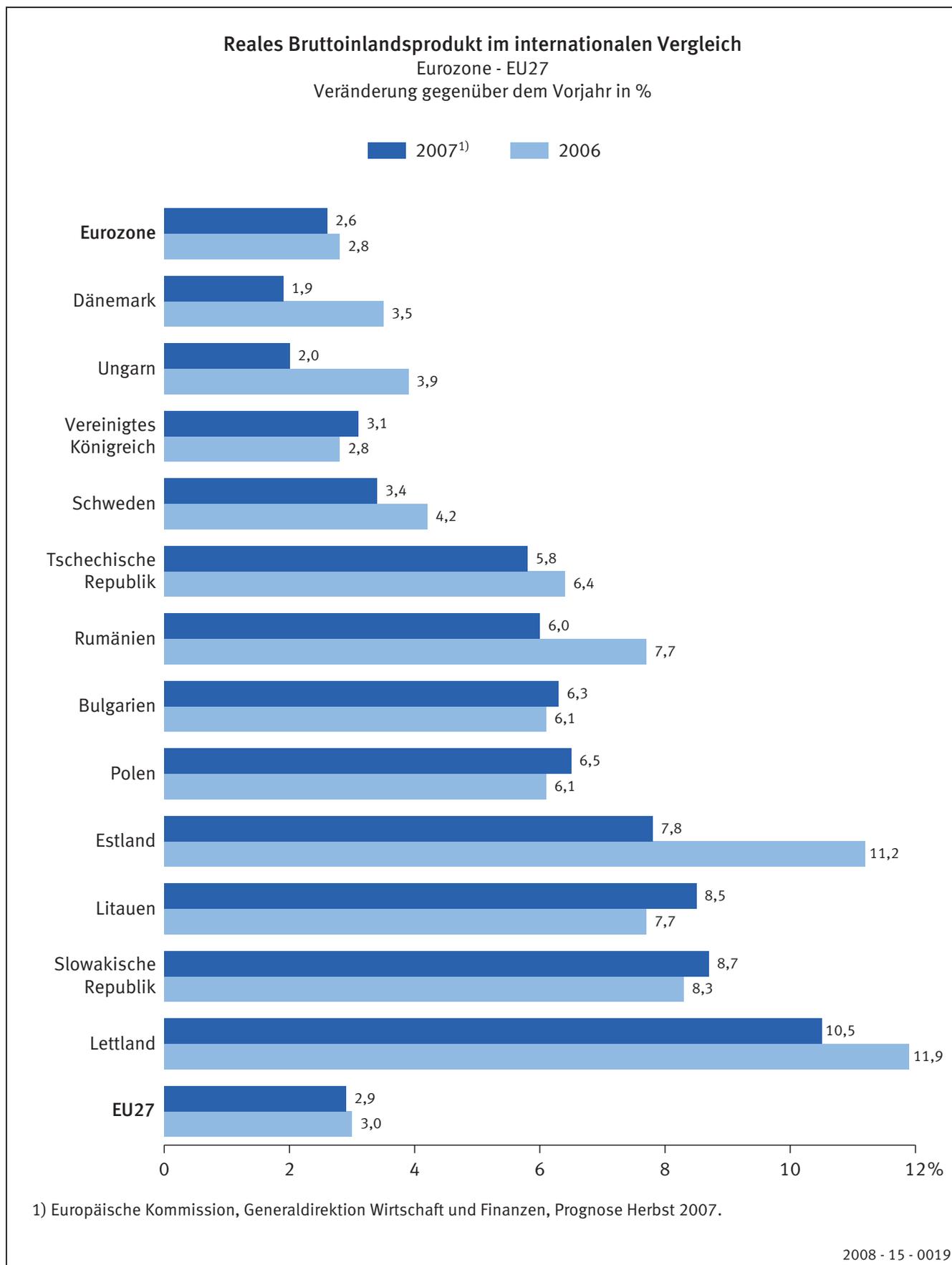


Schaubild 19



1 Außenbeitrag

Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) lag in jeweiligen Preisen gerechnet im Jahr 2007 mit 168,1 Milliarden Euro um 41,7 Milliarden Euro über dem Niveau des Jahres 2006 (126,4 Milliarden Euro). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Wert des Außenbeitrags fast 7%.

Der nominale Exportüberschuss 2007 resultiert aus einem deutlichen Überschuss im Warenhandel (+ 202,6 Milliarden Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (– 34,5 Milliarden Euro). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Warenhandelsüberschuss mit 40 Milliarden Euro sehr stark angestiegen, während das Dienstleistungsdefizit um 1,7 Milliarden Euro zurückging.

Preisbereinigt stiegen die Exporte 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 8,3%, die Importe um 5,7%. Daraus ergab sich ein preisbereinigter Exportüberschuss (Außenbeitrag), der mit 1,4%-Punkten zum BIP-Wachstum beitrug. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen Anstieg im Warenhandel gekennzeichnet (Warenexporte + 8,2% und Warenimporte + 5,8%). Die reale Entwicklung im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr verlief exportseitig etwas stärker, importseitig etwas schwächer (Dienstleistungsexporte + 8,6%, Dienstleistungsimporte + 5,3%). Die Exportpreise nahmen (nach VGR-Konzept) mit 0,5% nur gering zu und die Importpreise um 0,2% ab. Daraus resultiert, dass sich die deutschen Terms of Trade gegenüber dem Vorjahr etwas verbesserten, und zwar um 0,7%.

Bei regionaler Betrachtung der Exporte und Importe – hier liegen erst die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) nach Ländern von Januar bis Oktober 2007 vor – nahm die deutsche Warenausfuhr gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum insgesamt um 10,0% und die deutsche Wareneinfuhr insgesamt um 6,1% zu. Bei den Warenexporten stiegen die Ausfuhren in die EU-Länder stärker (+ 12,0%) als die Ausfuhren in die Drittländer (+ 6,4%). Bei der Wareneinfuhr lag die Zuwachsrate 2007 für die Länder der Europäischen Union mit 10,5% deutlich höher als die aus den Drittstaaten (– 1,3%).

2 Arbeitsmarkt

2.1 Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2007 von 39,7 Millionen **Erwerbstätigen** mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 649 000 Personen oder 1,7 % mehr als ein Jahr zuvor. Der im Jahr 2006 einsetzende Anstieg der Erwerbstätigkeit (+ 242 000 Personen oder + 0,6% gegenüber 2005) hat sich somit im Jahr 2007 verstärkt fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahr 2007 einen historischen Höchststand. Grund für die positive Entwicklung war insbesondere die gute konjunkturelle Lage, aber auch die milde Witterung und das neue Saison-Kurzarbeitergeld spielten zu Beginn des Jahres eine Rolle. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wurde insbesondere durch eine verstärkte Zunahme der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen, aber auch die Selbstständigkeit sowie die geringfügige Beschäftigung verzeichneten positive Wachstumsraten. Des Weiteren verteilte sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2007 erstmals seit der Wiedervereinigung über alle drei Wirtschaftssektoren.

Im Zuge des kräftigen Beschäftigungsaufbaus nahm die **Arbeitsproduktivität**, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, im Jahr 2007 um 0,8 % zu nach 2,2 % im Jahr 2006. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet erhöhte sie sich ebenfalls um 0,8 % (2006: + 2,4 %). Die Zahl der durchschnittlich je Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden blieb nahezu unverändert, weil sich im Jahr 2007 arbeitszeiterhöhende Effekte – wie die Zunahme von Vollzeitbeschäftigung, Nebentätigkeiten, Überstunden – und arbeitszeitvermindernde Effekte, insbesondere die geringere Zahl an Arbeitstagen, in etwa ausgeglichen haben.

2.2 Die Datenquelle für die veröffentlichte Zahl der **Erwerbslosen** wurde im Verlauf des Jahres 2007 ausgetauscht. Damit wurden die Ergebnisse der seit 2005 als Übergangslösung verwendeten Telefonerhebung durch eine neue Zeitreihe ersetzt. Die neue Zeitreihe basiert auf der EU-harmonisierten Arbeitskräfteerhebung. Die Arbeitskräfteerhebung ist in Deutschland Teil des Mikrozensus, einer kontinuierlich durchgeführten Haushaltsbefragung.

Die Zeitreihe aus der Arbeitskräfteerhebung weicht deutlich von den bisher vorgelegten Zahlen ab. Im Durchschnitt werden nach der Umstellung annähernd 800 000 Erwerbslose mehr ausgewiesen als zuvor. Das Abweichen der Ergebnisse kann darauf zurückgeführt werden, dass Telefonerhebung und Arbeitskräfteerhebung trotz weitgehend übereinstimmendem Frageprogramm eine Reihe methodischer und technisch-organisatorischer Unterschiede aufweisen. So unterscheiden sich Stichprobendesign, Erhebungsverfahren und Ausschöpfungsquoten teilweise grundlegend. Zudem gibt es im Detail Unterschiede beim Hochrechnungsverfahren sowie befragungstechnisch bedingte Abweichungen beim Fragebogen. Weitere methodische Hinweise zu der Umstellung der Datenquelle stehen auf www.destatis.de, Pfad: Themen --> Arbeitsmarkt --> ILO-Arbeitsmarktstatistik zur Verfügung.

Nach vorläufigen Schätzungen auf Basis dieser unterjährigen Arbeitskräfteerhebung waren im Jahresdurchschnitt 2007 in Deutschland 3,61 Millionen Personen erwerbslos. Dies entspricht einem Rückgang von 641 000 (– 15,1 %) gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2006. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen sank von 9,8 % im Jahr 2006 auf 8,3 % im Jahresdurchschnitt 2007.

Die Definitionen von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit folgen dem international vergleichbaren Konzept der International Labour Organization (ILO).

Erwerbstätig im Sinne dieser ILO-Definition ist jede Person im erwerbsfähigen Alter, die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat. Auch wer sich in einem formalen Arbeitsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum nur vorübergehend nicht ausgeübt hat, gilt als erwerbstätig.

Als erwerbslos gilt im Sinne der durch die EU konkretisierten ILO-Abgrenzung jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in diesem Zeitraum nicht erwerbstätig war, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Eine neue Arbeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Die Einschaltung einer Agentur für Arbeit oder eines kommunalen Trägers in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich.

Die beiden Gruppen Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland und Erwerbslose bilden zusammen die auf dem Arbeitsmarkt aktive Gruppe der **Erwerbspersonen**. Die Zahl der Erwerbspersonen nahm im Jahresdurchschnitt 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 12 000 Personen auf 43,27 Millionen Personen zu.

Im Jahresdurchschnitt 2007 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten **Arbeitslosen** nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 3,78 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang von 711 000 registrierten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Bundesagentur für Arbeit führt diesen starken Rückgang insbesondere auf die zunehmende Kräfte Nachfrage infolge der guten Konjunktur zurück.

Die Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem SGB unterscheidet sich von der Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien. So fordert das SGB eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder kommunalen Trägern sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden, um als arbeitslos erfasst zu werden. Beide Voraussetzungen sind keine notwendige Bedingung für Erwerbslosigkeit nach dem ILO-Konzept. Daher sind in der ILO-Arbeitsmarktstatistik auch Personen als erwerbslos erfasst, die nach Definition des SGB nicht arbeitslos sind.

Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. Nach den ILO-Kriterien hingegen schließt jede Erwerbstätigkeit die Möglichkeit aus, als erwerbslos erfasst zu werden. Somit sind in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit Arbeitslose enthalten, die die ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht als erwerbslos zählt.

3 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wies der Staat im Jahr 2007 einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo auf, nach einem Defizit von 37,3 Milliarden Euro im Vorjahr. Damit hat der Staat erstmals seit der deutschen Wiedervereinigung einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo vorgelegt. Lediglich im Jahr 2000 ergab sich wegen eines Einmaleffektes (Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen) ein Finanzierungsüberschuss.

Der ausgeglichene Finanzierungssaldo resultierte aus einer ausgesprochen positiven Einnahmenentwicklung (+ 4,7 %) bei einem gleichzeitig moderaten Zuwachs auf der Ausgabenseite (+ 1,0 %). Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen verringerte sich das Defizit des Bundes um 13,3 Milliarden Euro auf 21,7 Milliarden Euro. Die Länder, die im Jahr 2006 noch ein Defizit von 10,7 Milliarden Euro auswiesen, erzielten im Berichtsjahr einen Überschuss von 5,0 Milliarden Euro. Die Gemeinden und auch die Sozialversicherung konnten sogar die im Vorjahr erzielten Überschüsse übertreffen. So verbesserten die Gemeinden ihren positiven Finanzierungssaldo um 2,2 Milliarden Euro auf + 7,1 Milliarden Euro. Die Sozialversicherung konnte ihren Überschuss auf 9,7 Milliarden Euro erhöhen und damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdreifachen. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ergab sich im Berichtsjahr 2007 für den Staat insgesamt eine „schwarze Null“.

Im Jahr 2007 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1 064,8 Milliarden Euro; das waren 4,7% mehr als im Vorjahr. Bei den Steuern (+ 8,6 %), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben um 8,1 % und das an Einkommensteuern um 9,2 %. Die Sozialbeiträge blieben leicht hinter dem Vorjahreswert (– 0,1 %) zurück. Hier machte sich insbesondere die Absenkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 4,2 % bemerkbar. Auch die Einnahmen aus Verkäufen sind mit einem Plus von 3,6 % merklich gestiegen, wofür insbesondere die Einführung von Studienbeiträgen in einigen Bundesländern mit Beginn des Sommersemesters 2007 verantwortlich war. Geringere Einnahmen als im Vorjahr hatte der Staat dagegen bei den Vermögenseinkommen (– 0,9 %), den sonstigen laufenden Transfers (– 2,8 %) sowie den sonstigen Subventionen (– 11,6 %).

Die Ausgaben des Staates (1 064,7 Milliarden Euro) nahmen 2007 um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr zu. Bei den großen Ausgabekategorien waren insbesondere bei den sozialen Sachleistungen (+ 3,6 %) und den Vorleistungen (+ 3,4 %) deutlich über dem Durchschnitt liegende Zuwächse festzustellen. Die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt blieben dagegen mit einem Plus von 0,6 % hinter der Entwicklung der Gesamtausgaben zurück. Die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen an private Haushalte waren vor allem wegen der guten konjunkturellen Entwicklung mit einem Minus von 2,0 % deutlich rückläufig. So lagen beispielsweise die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung um gut ein Fünftel (– 22,8 %) und die Zahlungen für Arbeitslosengeld II (einschließlich sonstiger Leistungen nach SGB II) um ein Siebtel (– 13,9 %) unter ihrem Vorjahreswert. Leicht gestiegen sind dagegen die Zahlungen für Renten (+ 0,4 %), öffentliche Pensionen (+ 1,8 %) und die Geldleistungen der Krankenversicherung (+ 4,9 %). Die Ausgaben für die übrigen sozialen Geldleistungen sind vor allem wegen der starken Nachfrage nach dem zum 1. Januar 2007 eingeführten Elterngeld um 13,9% gestiegen. Die Zinsausgaben des Staates nahmen um 3,8 %, die sonstigen laufenden Transfers um 5,0 % und die Bruttoinvestitionen um 11,7 % zu.

4 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft

4.1 Das BIP enthält Schattenwirtschaft

Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen. Es sind also auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben. Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht zur Produktion.

Allerdings sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten anders als „reguläre“ Wirtschaftstätigkeiten statistisch schwieriger zu erfassen. In diesem Zusammenhang ergreift das Statistische Bundesamt verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln:

- Explizite Zuschläge für Untererfassungen werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die kurzfristig keine umfassenden statistischen Informationen vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt. Derartige Zuschläge werden regelmäßig bei großen Revisionen überprüft und, falls erforderlich, an neue Erkenntnisse angepasst.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen – untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen – sowie den jeweiligen Quadratmetermieten errechnet. Ob und inwieweit die so berechneten und in die Größe des BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden, entzieht sich der Kenntnis der amtlichen Statistik, ist aber für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten ohne Belang.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, das deutsche BIP würde die Schattenwirtschaft nicht umfassen, ist also falsch.

4.2 Keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt nimmt allerdings eine eigenständige, getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft in seinen VGR aus folgenden Gründen nicht vor:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes Mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistung am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn erhobene Statistiken Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.

- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über deren Umfang entsprechende Informationen vorliegen.
- Da wir Zuverlässigkeit, Objektivität und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit für entscheidende Merkmale amtlicher Statistik halten, erscheinen uns amtliche Zahlen über die Schattenwirtschaft als Widerspruch in sich.

4.3 Internationale Vergleichbarkeit der BIP-Zahlen

Da Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in der Europäischen Union (EU) in hohem Ausmaß für administrative Zwecke genutzt werden (zum Beispiel Zahlungen an den EU-Haushalt, Berechnung der Maastricht-Kriterien), hat die EU-Kommission das Recht, die Einhaltung der Vorschriften des ESVG 1995 durch die Mitgliedstaaten von Mitarbeitern von Eurostat vor Ort prüfen zu lassen. Diese Vergleichbarkeitsprüfungen werden regelmäßig durchgeführt und betreffen auch die Frage der vollständigen Erfassung der Wirtschaftsaktivitäten. Nach Prüfung der deutschen Inlandsproduktsberechnung hat die Kommission keine Zweifel an der Vollständigkeit der deutschen Angaben.

5 Vergleichbare lange Zeitreihen ab 1970

Am 5. September 2006 hat das Statistische Bundesamt grundlegend überarbeitete Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für den Zeitraum 1970 bis 1991 für das frühere Bundesgebiet veröffentlicht. Damit stehen allen Nutzern der VGR erstmals seit der großen Revision im April 2005 wieder methodisch vergleichbare lange Zeitreihen mit Jahres- und Quartalsangaben zur Verfügung.

Umfassende Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, bei denen die Ergebnisse und Methoden grundlegend überarbeitet werden, finden etwa alle fünf Jahre statt (zuletzt 1999 zur Einführung des revidierten Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995). Sie gewährleisten, dass die veröffentlichten Daten international voll vergleichbar sind und sind durch europäische Rechtsakte zwingend vorgeschrieben. Die Ziele sind dabei

- neue Konzepte, Definitionen, Klassifikationen und Ähnliches einzuführen;
- neue, bislang nicht verwendete statistische Berechnungsgrundlagen in das Rechensystem einzubauen;
- neue Berechnungsmethoden anzuwenden.

Im Rahmen der VGR-Revision 2005 wurden insbesondere zwei konzeptionelle Neuerungen vorgenommen, die beide Folge verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften sind:

- Die Einführung der Vorjahrespreisbasis an Stelle der bisher üblichen Festpreisbasis bei der Deflationierung (siehe Text 6): Die „realen“ Ergebnisse werden stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres ausgedrückt und nicht mehr in Preisen eines festen Basisjahres (zuletzt in Preisen von 1995).
- Die neugeregelte Verbuchung von Bankdienstleistungen (siehe Text 7), die nun als „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ auf die einzelnen Verwendungszwecke (Vorleistungen, Konsum, Exporte, Importe) aufgeteilt werden.

Diese Konzeptänderungen wurden inzwischen auch für den Zeitraum von 1970 bis 1991 für das frühere Bundesgebiet umgesetzt. Im Ergebnis blieb das gesamtwirtschaftliche Konjunkturbild nach der Überarbeitung weitgehend erhalten: Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich im Verlauf der letzten dreieinhalb Jahrzehnte immer weiter verlangsamt. Das Bruttoinlandsprodukt für das frühere Bundesgebiet stieg in der Zeit von 1970 bis 1980 um durchschnittlich 2,9% pro Jahr und im Zeitraum 1980 bis 1991 um durchschnittlich 2,6% pro Jahr. Seit der Wiedervereinigung fiel das durchschnittliche Wachstum der deutschen Wirtschaft deutlich niedriger aus und lag im Schnitt der letzten zehn Jahre nur noch bei 1,3% pro Jahr.

Diese und andere Ergebnisse der Rückrechnung wurden in drei Sonderbänden der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ veröffentlicht: S.27 „Revidierte Vierteljahresergebnisse, 1970 bis 1991“, S.28 „Revidierte saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1, 1970 bis 1991“ sowie S.29 „Revidierte Jahresergebnisse, 1970 bis 1991“. Außerdem ist im September 2006 erstmals die neue Reihe 1.5 „Lange Reihen“ erschienen, die lange Zeitreihen mit Jahresergebnissen für den gesamten Zeitraum 1970 bis 2005 enthält und zukünftig zweimal jährlich, im Februar und im August, erscheinen wird.

Diese und weitere Veröffentlichungen sind online im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/publikationen> kostenfrei erhältlich. Nähere Erläuterungen zur großen VGR-Revision liefern zwei Aufsätze in der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* (Heft 10/2006 und Heft 5/2005) sowie das Informationsangebot zur VGR im Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes.

6 Vorjahrespreise und Verkettung

Im Rahmen der „großen“ Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005 wurde die Preis- und Volumenmessung wesentlich umgestellt: Nach den entsprechenden internationalen Konventionen und verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften erfolgt sie nun auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Die neue Methode hat die vorherige Berechnung in konstanten Preisen (zuletzt in Preisen von 1995) ersetzt. Sie wurde sowohl für die Jahres- als auch für die Quartalsrechnung der VGR eingeführt. Seit die Rückrechnung der Angaben für 1970 bis 1991 im September 2006 fertig gestellt wurde, gilt diese wesentliche methodische Änderung auch für die Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet und für lange Zeitreihen.

Was bedeutet der Wechsel von der Festpreisbasis auf die Vorjahrespreisbasis?

Die „realen“ Ergebnisse der VGR werden nicht mehr wie zuvor in Preisen eines – üblicherweise fünfjährlich wechselnden – festen Basisjahres ausgedrückt (zuletzt in Preisen von 1995), sondern stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres (also zum Beispiel Ergebnisse für das Jahr 2006 in Preisen von 2005).

Welche Vorteile hat die Vorjahrespreisbasis gegenüber der Festpreisbasis?

Die Kritik am Konzept der Festpreisbasis bestand vor allem darin, dass die Preisrelationen eines Basisjahres in den Folgejahren immer weniger relevant werden und dass es beim Übergang auf eine neue Festpreisbasis im Rahmen von VGR-Revisionen immer wieder zu einer rückwirkenden Änderung der „realen“ Entwicklung wichtiger VGR-Größen kommen kann. Bei der Vorjahrespreisbasis werden dagegen immer die Preisrelationen eines aktuellen Basisjahres (nämlich des jeweiligen Vorjahres) verwendet. Dadurch werden immer die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsraten (insbesondere des Bruttoinlandsprodukts) genauer und treffsicherer macht.

Wie funktioniert die Methode der Vorjahrespreisbasis und Verkettung?

Rechentechnisch werden bei der Methode der Vorjahrespreisbasis die Wertangaben eines Jahres mit Preisindizes deflationiert, die immer auf den Jahresdurchschnitt des Vorjahres normiert sind. Auf diese Weise erhält man zunächst eine Sequenz von Jahresergebnissen in konstanten Preisen des Vorjahres mit dazu passenden Messzahlen. Durch Verkettung („Chain-linking“) dieser Messzahlen kann für jedes Merkmal dann auch eine vergleichbare lange Zeitreihe ermittelt werden (von so genannten Kettenindizes). Als Indextyp wird entsprechend den europäischen Regelungen wie bisher für die Volumenmessung ein Laspeyres-Index und damit für die implizite Preisermessung ein Paasche-Index verwendet.

Was ist ein Kettenindex?

Ein Kettenindex ist ein spezieller Indextyp, der sich aus der zeitlichen Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes ergibt; diese beziehen sich jeweils auf das Vorjahr und haben damit ein jährlich wechselndes Wägungsschema. Kennzeichnend ist, dass ein beliebiger Zwei-Periodenvergleich (zwischen 0 und t) *indirekt* hergestellt wird, nämlich als Produkt der jährlichen Teilindizes, und nicht direkt, also allein unter Betei-

ligung von Daten der Perioden 0 und t, wie bei einem direkten Volumen- oder Preisindex. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (z. B. Jahr 2000 = 100), was aber nicht verwechselt werden darf mit dem bisherigen Preisbasisjahr (bei der Festpreisrechnung).

Welche Methode wird für die Berechnung vierteljährlicher Daten verwendet?

Zur Berechnung vierteljährlicher Daten auf Vorjahrespreisbasis wird ein spezielles Rechenverfahren angewandt, das für die Praxis der deutschen VGR am besten geeignet ist, die so genannte Annual-Overlap-Methode. Bei dieser Methode werden die aktuellen Volumina vereinfachend zum Jahresdurchschnitt der nominalen Werte des Vorjahres in Beziehung gesetzt (Jahreswert/4). Nähere Informationen hierzu finden sich im Informationsangebot zur Revision der VGR im Internet unter www.destatis.de, Pfad: Themen --> Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen --> Revisionen.

Was ändert sich in den Veröffentlichungen durch die Vorjahrespreisbasis?

Im Mittelpunkt der Darstellung der preisbereinigten Ergebnisse stehen seit der Revision 2005 die Kettenindizes der Volumenangaben sowie die daraus abgeleiteten Veränderungsraten und Wachstumsbeiträge. Die Saldengrößen Außenbeitrag und Vorratsveränderungen werden preisbereinigt nur noch in Form von Wachstumsbeiträgen (zum Bruttoinlandsprodukt) dargestellt.

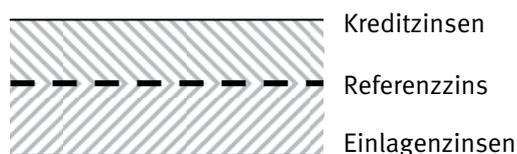
Werden auch weiterhin Absolutwerte zur Verfügung gestellt?

Auf Anfrage (regelmäßige Mailing-Liste, bei Interesse E-Mail an bip-info@destatis.de) werden auch verkettete Absolutwerte (in Milliarden Euro mit Referenzjahr 2000) sowie (unverkettete) Absolutwerte in Vorjahrespreisen in elektronischer Form bereitgestellt. Dabei ist zu beachten, dass die verketteten Absolutwerte nicht additiv sind, also die Summe der verketteten Teilaggregate (zum Beispiel Konsum, Bruttoinvestitionen, Exporte, Importe) vom Wert des verketteten Gesamtaggregate (zum Beispiel des BIP) abweicht.

7 FISIM

Der Produktionswert von Banken im Einlagen- und Kreditgeschäft wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen FISIM genannt und steht für „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Die Schwierigkeit bei der Messung der Bankdienstleistung im Einlagen- und Kreditgeschäft besteht darin, dass den Kunden dafür keine getrennten Dienstleistungsentgelte in Rechnung gestellt werden, sondern diese bereits über die Zinsen abgedeckt sind¹⁾.

FISIM kann deshalb nicht statistisch erfragt, sondern muss modellmäßig berechnet werden. Dies lässt sich schematisch mit folgender Grafik verdeutlichen:



Grundidee ist, dass es einen „reinen“ Zinssatz gibt, der keine Dienstleistungs- und Risikozuschläge enthält. Dieser Referenzzinssatz wird üblicherweise mit dem Interbankenzinssatz gleichgesetzt. Es wird angenommen, dass einerseits Kreditnehmer einen höheren Zinssatz als den Referenzzinssatz in Rechnung gestellt bekommen und andererseits Einleger einen niedrigeren Zinssatz erhalten. Die FISIM wird dann als Unterschied zwischen den tatsächlichen Zinsen und dem Referenzzins gemessen. Kreditnehmer zahlen tatsächlich höhere Zinsen als die Referenzzinsen; dieser Zuschlag kann als Entgelt für die Verwaltung des Kredits interpretiert werden. Dagegen bekommen Einleger tatsächlich weniger als die Referenzzinsen; dieser Abschlag kann als Entgelt für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs angesehen werden. Die Summe der Zuschläge und der Abschläge entspricht dem (impliziten) Bankleistungsentgelt, der FISIM.

Das FISIM-Berechnungsmodell erlaubt außerdem eine Aufteilung nach Verwendungskategorien. Sind die Kreditnehmer bzw. Einleger Konsumenten (wie die meisten privaten Haushalte), erhöht das implizite Dienstleistungsentgelt die Konsumausgaben. Werden sie in den VGR als Produzenten behandelt, geht die FISIM in die Vorleistungen ein (auch beim Staat erhöhen sich die Vorleistungen und – wegen der additiven Berechnung des Produktionswertes – die daraus abgeleiteten Konsumausgaben des Staates). Wenn es sich um grenzüberschreitende Kredit- und Einlagengeschäfte handelt, sind Exporte bzw. Importe betroffen. Sofern FISIM in die Konsumausgaben oder in die Exporte bzw. Importe eingeht, hat dies Einfluss auf das Niveau und den Vorlauf des BIP und damit auch auf das des Wirtschaftswachstums. Das deutsche BIP erhöht sich durch die FISIM-Aufteilung im Niveau um über 1 Prozent.

Auch in der Verteilungsrechnung hat die FISIM-Neuregelung erhebliche Auswirkungen. Zunächst führt sie bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu einem Niveauanstieg im gleichen Umfang wie beim BIP. Ein weiterer Effekt ergibt sich für die gezeigten „Zinsen“: In diese Größe fließen jetzt Zinsen für Einlagen und Kredite zum Referenzzinssatz und nicht mehr die tatsächlich empfangenen und geleisteten Zinsen ein (außer tatsächliche Wertpapierzinsen). Diese Besonderheit ist bei der Interpretation der Zinsen in den VGR zu beachten.

Hinweis: Die beschriebene FISIM-Aufteilung wurde, aufgrund rechtsverbindlicher Vorgaben der Europäischen Union, mit der großen Revision 2005 in die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingeführt. Davor wurde die sogenannte „unterstellte Bankgebühr“ nicht auf die Verwender aufgeteilt, sondern insgesamt als Vorleistung gebucht.

1) Bei anderen Bankgeschäften werden die Leistungen direkt abgerechnet, z.B. über Kontoführungs-, Safegebühren oder Vermittlungsprovisionen.

8 Revisionsbedarf und Genauigkeit der amtlichen Daten zum Wirtschaftswachstum

Mit der Publikation der von den Nutzern geforderten hochaktuellen Konjunkturdaten befindet sich die amtliche Statistik im Spannungsfeld zwischen Aktualität und Genauigkeit. Um möglichst frühzeitig aktuelle Zahlen zum Wirtschaftswachstum veröffentlichen zu können, werden die Ergebnisse zunächst auf einer vergleichsweise unvollständigen Datengrundlage berechnet und zum Teil geschätzt. Diese vorläufigen Ergebnisse werden zu den nächsten Rechenterminen durch die Einarbeitung neuer statistischer Ausgangsdaten kontinuierlich aktualisiert und auf eine breitere Datenbasis gestellt.

8.1 Laufende Revisionen des Bruttoinlandsprodukts

Unter einer Revision versteht man die Überarbeitung der VGR-Ergebnisse durch die Einbeziehung aktueller Daten, neuer Statistiken und/oder durch die Anwendung verbesserter oder neuer Methoden. Laufende Revisionen haben kleinere Korrekturen einzelner Quartale oder Jahre zum Gegenstand, sie sind grundsätzlich bei jedem Veröffentlichungstermin möglich. Umfassende bzw. „große“ Revisionen werden demgegenüber nur alle 5 bis 10 Jahre durchgeführt. Sie dienen u.a. der Einführung neuer Konzepte, Definitionen und Klassifikationen oder der Umsetzung neuer Berechnungsmethoden.

Das erste Jahresergebnis für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird jeweils im Januar circa 15 Tage nach Ablauf des Berichtsjahres im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. In den folgenden Wochen wird dieses vorläufige Ergebnis auf Basis der zwischenzeitlich verfügbaren neuen statistischen Informationen überarbeitet. Das überarbeitete Ergebnis für das BIP des abgelaufenen Jahres wird zusammen mit Ergebnissen für das BIP im vierten Quartal des Berichtsjahres Mitte Februar publiziert. Detaillierte Ergebnisse folgen Ende Februar.

Seit dem Jahr 2003 hat sich die erste Veröffentlichung des vierteljährlichen BIP, unter anderem auf Drängen der Finanzwelt und aufgrund des Bedarfs der EZB nach aktuelleren Daten für die Eurozone, von 65 auf 45 Tage nach Abschluss des Berichtsquartals beschleunigt. Etwa 55 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals folgen detaillierte Ergebnisse, also für das erste Quartal jeweils im Mai, für das zweite Quartal im August, für das dritte Quartal im November und für das vierte Quartal im Februar. Im Zuge der Berechnung des jeweils aktuellen Quartals werden auch die bereits vorliegenden Quartale des laufenden Jahres überprüft und – soweit erforderlich – revidiert. Die regelmäßigen Korrekturen der vorläufigen Ergebnisse im Zeitablauf dienen der Einbeziehung neu verfügbarer oder überarbeiteter kurzfristiger statistischer Ausgangsdaten. Die Berücksichtigung dieser Informationen ist insbesondere dann erforderlich, wenn es andernfalls zu Brüchen in den Zeitreihen kommen würde. Dies gilt sowohl für den traditionellen Vorjahresvergleich als auch für den Vorperiodenvergleich bei saison- und kalenderbereinigten Ergebnissen.

Darüber hinaus werden im Sommer eines jeden Jahres üblicherweise die letzten vier Berichtsjahre einschließlich der dazugehörigen Quartale überarbeitet (im Sommer 2007 also die Berichtsjahre 2003, 2004, 2005 und 2006). Veröffentlicht werden die revidierten Ergebnisse stets im August. Diese Revisionen sind notwendig, um große Jahresstatistiken in das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzuarbeiten. So wurden im Sommer 2007 u.a. die Umsatzsteuerstatistik 2005, die Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2005 und die Unternehmensstrukturerhebungen 2005 erstmals für die Berechnung des BIP verwendet. Die Ergebnisse der Jahresstatistiken liegen erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand zum Berichtszeitpunkt bzw. zum Ende des Berichtszeitraums vor, so dass sie für die Berechnung erster

vorläufiger BIP-Zahlen noch nicht verwendet werden können. Die Berechnungen am aktuellen Rand basieren deshalb zum größten Teil auf Indikatoren oder sind das Ergebnis von Schätzungen. Im Rahmen der Sommerrechnung werden diese durch die nunmehr vorliegenden neuen Ergebnisse der Basisstatistiken ersetzt. Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten wird dadurch auf eine statistisch besser fundierte Datenbasis gestellt. Die für eine „finale“ Berechnung der VGR-Daten notwendigen Basisstatistiken liegen in der Regel allerdings erst nach vier Jahren vollständig vor, so dass erst dann die Ergebnisse endgültig sind und nicht mehr regelmäßig revidiert werden müssen. Die skizzierte, für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen charakteristische Vorgehensweise verdeutlicht, dass eine hohe Aktualität grundsätzlich nur um den Preis einer etwas geringeren Zuverlässigkeit zu haben ist.

8.2 Revisionsmaße zur Beurteilung der Zuverlässigkeit

Eine Möglichkeit zur Abschätzung der Zuverlässigkeit von VGR-Angaben besteht in der Analyse von Revisionsdifferenzen. Dabei wird die Abweichung zwischen einer ersten Schätzung und dem späteren (endgültigen) Ergebnis untersucht. Mit der Berechnung von Revisionsdifferenzen erhält der Nutzer einen Eindruck darüber, wie hoch der durchschnittliche Korrekturbedarf bei den früheren Schätzungen anzusetzen ist. Üblich sind die Berechnung der „Mittleren Revision (MR)“ und der „Mittleren absoluten Revision (MAR)“. Die Mittlere Revision ist das arithmetische Mittel der in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Werten mit Berücksichtigung des Vorzeichens. Dagegen ist die Mittlere absolute Revision das arithmetische Mittel der in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Werten ohne Berücksichtigung der Vorzeichen.

Die folgende Übersicht zeigt Revisionsmaße für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (Jahreswerte). Der Beobachtungszeitraum beginnt im Jahr 1999. In diesem Jahr wurde das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 eingeführt, das maßgebend für die deutsche VGR ist.

Revisionsmaße¹⁾

	t ₀ zu 1. Überarbeitung	t ₀ zu 1. Jahresüberarbeitung	t ₀ zu 2. Jahresüberarbeitung	t ₀ zu 3. Jahresüberarbeitung	t _{unrev} zu t _{rev} ²⁾	t ₀ zu finaler Jahresüberarbeitung
Beobachtungsperioden	1999 – 2006	1999 – 2006	1999 – 2005	1999 – 2004	1999 – 2003	1999 – 2003
Anzahl der Beobachtungen (n)	8	8	7	6	5	5
Mittlere Revision (MR)	+ 0,01	+ 0,05	– 0,06	– 0,03	+ 0,18	+ 0,20
Mittlere absolute Revision (MAR)	0,06	0,10	0,23	0,30	0,18	0,32

1) Bezogen auf die jeweiligen Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (verkettet, 2000 = 100) gegenüber dem Vorjahr zu den unterschiedlichen Berechnungsterminen.

2) Ausmaß der revisionsbedingten Änderungen durch die große VGR-Revision 2005 (daten- und konzeptbedingte Änderungen).

Dabei bedeutet:

t_0	Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung
t_{unrev}	letzte Veröffentlichung unrevidierter Angaben vor großer VGR-Revision 2005
t_{rev}	erste Veröffentlichung revidierter Angaben nach großer VGR-Revision 2005
MR	$\sum(x_i - x_0)/n$ zeigt die durchschnittlich zu erwartenden Verzerrungen (Bias) nach oben oder unten
MAR	$\sum x_i - x_0 /n$ zeigt die durchschnittlich zu erwartenden absoluten Korrekturen
x_0	Wert zum Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung
x_i	Wert zum Zeitpunkt der folgenden Veröffentlichungen

Zum besseren Verständnis der Tabelle wird im Folgenden beispielhaft die Berechnung der MR und der MAR nach der ersten Jahresüberarbeitung der Ergebnisse (siehe Spalte 2 der Übersicht) erläutert:

Die MR, die in diesem Fall + 0,05 beträgt, gibt an, wie hoch im Zeitraum von 1999 bis 2006 die durchschnittliche Abweichung zwischen der ersten Veröffentlichung des preisbereinigten BIP für das Jahr t im Januar des Jahres t+1 und der ersten Jahresüberarbeitung im August von t+1 ist.

Im Januar 2000 wurde erstmals das preisbereinigte BIP für 1999 veröffentlicht. Die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr betrug 1,4%. Dieser Wert wurde im August 2000 (erste Jahresüberarbeitung) auf 1,6% heraufgesetzt, die Abweichung betrug also 0,2%-Punkte. Für die Jahre 2000 bis 2006 gilt entsprechend:

Berichtsjahr t	Erste Veröffentlichung Januar t+1	Erste Jahresüberarbeitung August t+1	Abweichung zwischen erster Veröffentlichung und erster Jahresüberarbeitung
1999	1,4	1,6	0,2
2000	3,1	3,0	- 0,1
2001	0,6	0,6	0,0
2002	0,2	0,2	0,0
2003	- 0,1	- 0,1	0,0
2004	1,7	1,6	- 0,1
2005	0,9	0,9	0,0
2006	2,5	2,9	+ 0,4

Addiert man die einzelnen Revisionsdifferenzen, erhält man einen Wert von + 0,4. Bei acht Beobachtungen errechnet sich ein arithmetisches Mittel bzw. eine Mittlere Abweichung von + 0,05. Bei der Mittleren absoluten Abweichung wird entsprechend verfahren, allerdings ohne Berücksichtigung der Vorzeichen: Der Abweichungsbetrag ist 0,8, das arithmetische Mittel für den Zeitraum von 1999 bis 2006 beträgt 0,1.

Ausführlichere Informationen zu diesem Thema sind dem Qualitätsbericht „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“¹⁾ sowie dem Aufsatz „Qualität und Genauigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“²⁾ zu entnehmen.

1) Siehe <http://www.destatis.de>, Pfad: Service->Publikationen->Qualitätsberichte
->Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

2) Siehe Braakmann, A. in: Allgemeines Statistisches Archiv 87 (2003), S. 183-199.

Unser Service für SIE !

Das Statistische Bundesamt bietet Ihnen zu den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie zum Gesamtgebiet der amtlichen Statistik einen umfassenden Informationsservice.

Internet

Auf der Themenseite „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) informieren wir über Inhalt und Aufbau, aktuelle Themen (z.B. Revisionen) sowie methodische Erläuterungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie finden im Internet außerdem Grafiken und vierteljährliche sowie jährliche Tabellen zur Inlandsproduktsberechnung für ausgewählte Zeiträume sowie Tabellen zur Input-Output-Rechnung und zum EU-Stabilitätspakt. Daneben werden auch Links zur Auskunftsdatenbank GENESIS-Online und zum Publikationsservice angeboten. Beim Publikationsservice werden neben den einzelnen Reihen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ auch andere Veröffentlichungsreihen des Statistischen Bundesamtes kostenfrei als Download-Produkte angeboten.

Die vorliegende Broschüre kann sowohl über die VGR-Themenseite als auch über den Pfad „Presse --> Pressekonferenzen“ herunter geladen werden.

Persönlicher Informationsservice über Post, Telefon, Telefax und E-Mail

Sie erreichen uns montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr. Allgemeine Fragen zum Statistischen Bundesamt und seinem Datenangebot beantworten Ihnen die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Informationsservices: Telefon (0611) 75-2405, Telefax (0611) 75-3330, Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt .

Journalisten wenden sich bitte direkt an die Pressestelle unter der Rufnummer (0611) 75-3444, die Faxverbindung lautet (0611) 75-3976 und die E-Mail-Anschrift ist presse@destatis.de. Ihre Anfragen werden von uns schnellstmöglich beantwortet oder an einen auf Ihre Belange direkt eingehenden Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen sachkundige Gesprächspartner.

Gerne beantworten wir Ihnen individuelle Fragen zu den Inhalten der vorliegenden Broschüre. Bitte wenden Sie sich an das VGR-Info-Team, Telefon (0611) 75-2626, E-Mail: bip-info@destatis.de .

Oder schreiben Sie uns:
Statistisches Bundesamt
Gruppe III A
65180 Wiesbaden

Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!